



Gebhard Kaiser:

„Kommunalfonds wieder interessant machen“

Der Landrat fordert eine Steuerpolitik, die Geldanlagen in kommunalen Fonds genauso lukrativ macht wie Schiffs- oder Filmbeteiligungen.

Seite 8



Manfred Thümler:

Trauerspiel Finanzausstattung

Der KPV-Bezirksvorsitzende übergab Innenminister Beckstein eine Resolution, in der u. a. die Reform der Gewerbesteuer gefordert wird.

Seite 13



Dr. Peter Deml:

Auszeichnung für ökologisches Bauen

Im Beisein des Vorstandsvorsitzenden der E.ON Bayern wurde der mit 400.000 € dotierte Innovationspreis an bayerische Kommunen vergeben.

Seite 3

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 4. September 2003

54. Jahrgang / Nummer 17

10-jähriges Dienstjubiläum Edmund Stoibers:

Enge Verbundenheit mit den Kommunen

Empfang der kommunalen Spitzenverbände auf der Burg Trausnitz

Um die enge Verbundenheit der Kommunen mit der Staatsregierung zu zeigen, gaben die kommunalen Spitzenverbände anlässlich des zehnjährigen Amtsjubiläums von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber einen Empfang auf der Landshuter Burg Trausnitz. In seiner Festansprache wies der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, darauf hin, „dass die Feier in Augenhöhe mit dem Turm von Sankt Martin stattfindet, den die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Landshut errichtet haben, um - wie die Legende beschreibt - dem Herzog in die Suppenschüssel schauen zu können“.

Deimer würdigte in seiner Laudatio, dass der Ministerpräsident in der Vergangenheit all sei-

ne Kraft und Leidenschaft dem Freistaat gegeben habe, um das Land rechtzeitig zukunftsfähig zu machen und den Menschen Perspektiven aufzuzeigen. Bei aller kritischer Betrachtung sei auch die Bilanz für die Kommunen erfolgreich gewesen.

Für die Kommunen gehts ums Überleben

Deimer verwies auf die Einführung des verfassungsrechtlichen Anhörungsrechts für die kommunalen Spitzenverbände, die Einführung des Konnexitätsprinzips, eine kommunalfreundliche Krankenhauspolitik und die kritische Haltung der Bayerischen Staatsregierung zu Brüsseler Initiativen, die Wasserversor-

gung zu liberalisieren.

Zugleich mahnte der Vorsitzende des Städtetags aber auch, dass der Freistaat die dramatische Verschuldung der bayerischen Kommunen außer acht lasse und selbst nach wie vor ohne zeitliche Verzögerung seine Netto-Neuerschuldung ins Auge fasse. Zu denken gebe auch, wenn über ein Vorziehen der Steuerreform entschieden werde, ohne einen Verlustausgleich für die Kommunen zu benennen. Dabei gehe es für die bayerischen Städte und Gemeinden doch längst nur noch um das Überleben.

Pattsituation aufheben

Deimer appellierte „inständig und von Herzen“, die Pattsituation durch die wechselnden Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat aufzulösen. Er forderte, dass das christliche Sozialprinzip der Solidarität auch zwischen den verfassungsmäßig verankerten Ebenen unseres Verfassungsstaates gelten müsse. Deimer: „Ich bin mir bewusst, dass Solidarität nicht in den Kältehauch der neoliberalistischen Deregulierung passt.“

Normalerweise, so der Präsident (Fortsetzung auf Seite 2)



Einen festlichen Empfang bereiteten die Repräsentanten der kommunalen Spitzenverbände dem bayerischen Ministerpräsidenten auf der Burg Trausnitz. Unser Bild zeigt (v. l.): Dr. Uwe Brandl, Josef Deimer, Dr. Edmund Stoiber, Theo Zellner und Dr. Georg Sinnacher.

Stoiber für Gewerbesteuer als reine Gemeindesteuer

Im Streit um die Kommunal Finanzen hat Ministerpräsident Edmund Stoiber die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine reine Gemeindesteuer vorgeschlagen. In einem Gespräch mit dpa in München erklärte Stoiber, „dies wäre eine echte Alternative zu der von Rot-Grün geplanten Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbesteuer“.

Angesichts der schlechten Finanzlage der Kommunen wollen die CDU/CSU-Regierungschefs laut Stoiber auf die Umsetzung des von Bayern eingebrachten Soforthilfeprogramms für Städte und Gemeinden drängen. Das Gesetz sei vom Bundesrat beschlossen und liege dem Bundestag vor. Es müsse schnellst-

möglich aufgegriffen werden, sonst stünden die Kommunen Anfang 2004 ohne irgendeine Verbesserung da.

Kommunalanteil erhöhen

Das Gesetz sieht die Anhebung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer von 2,2 auf 3 Prozent vor. Zudem sollen die Gemeinden statt der derzeit 28 Prozent nur noch 20 Prozent der Gewerbesteuer an Bund und Länder abführen. Im Ergebnis könnte die so genannte Gewerbesteuerumlage nach Ansicht von Stoiber sogar weitgehend abgeschafft werden. Übrig bliebe nur, was in den Fonds Deutsche Einheit fließt. Allerdings machte er deutlich, dass dieser Vorschlag in der Union noch nicht abgestimmt ist.

„Eine reine Gemeindesteuer wäre effizienter und würde weniger Verwaltungsaufwand bedeuten“, betonte Stoiber. Zwar müssten Bund und Länder dann mit Einnahmefällen rechnen; diese fielen jedoch auch an, wenn die rund 770.000 Freiberufler nach ihrer Einbeziehung in die Gewerbesteuer entsprechende Abzüge bei der Einkommensteuer geltend machen könnten.

Dann wäre es sinnvoller, so Stoiber „den Kommunen gleich eine eigene Steuer zu geben“.

Scharf wies Stoiber Forderungen Schröders zurück, die Union müsse zunächst selbst Konzepte für die anstehenden Zukunftformen vorlegen. „Wir sind keine Ersatzregierung“, betonte er. Die von Rot-Grün eingebrachten Vorschläge seien so schlecht, dass sie oft gar keine Alternative ermöglichen. „Dann muss eine Regierung aufhören, wenn sie nicht selbst Lösungen anbieten kann.“

DK

In eigener Sache:

Entschuldigung für Seite 12

Der Druckfehlerteufel hat wieder einmal zugeschlagen! Die GZ-Redaktion traute ihren Augen nicht beim Aufschlagen der Seite 12 in der Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 15/16. Es war ein Verschulden unserer Druckerei, dass hier erneut veröffentlicht wurde, was unsere Leserinnen und Leser bereits aus Nr. 3 vom 13. Februar kannten: U. a. wurde eine Gratulation für Landrat Pointner zum 60. abgedruckt, den er am 5. 2. feierte!

Interessierte können die richtige Seite unter www.gemeindezeitung.de im Internet nachlesen. Den versäumten Fachartikel „25 Jahre konstante Entsorgungsgelbsten“ finden Sie dieses Mal auf Seite 6. Der Rest wird in den kommenden Wochen nachgedruckt.

„Wer nichts tut, dem passiert auch nichts“, lautet ein Sprichwort. In diesem Sinne bitten wir für unsere Druckerei bei Ihnen um Verständnis.

Ihre GZ-Redaktion

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Erlebtes Mittelalter in Furth im Wald

Zum Kreis der in den Sommermonaten bayernweit zahlreich stattfindenden historischen Freilichtspiele zählen die Drachentötung-Festspiele in Furth im Wald. Auch heuer verwandelten sich die Bürger in Krieger, Ritter und einfaches Volk aus dem 15. Jahrhundert. Der Stadtplatz wurde zur großen Arena. Der rund eineinhalbstündige archaische Kampf des Bösen gegen das Gute lockte erneut zehntausende von Zuschauern an.

Das Drachentöten hat in Furth im Wald eine über 500 Jahre alte Geschichte. Historiker sehen seinen Ursprung in der Tradition der St. Georgs-Legende. Der aktuelle Text des Stückes verlegt die Handlung in das Jahr 1431 in die Zeit der Hussitenkriege. Damals litt die Bevölkerung an der Grenze besonders große Not. In packender Sprache wird das Schicksal der Grenzbevölkerung aufgezeigt. Der Drache wird zur Verkörperung des Bösen schlechthin. Der Kampf des Ritters Udo mit dem Drachen stellt den Sieg des Guten über das Böse dar.

Ein umfangreiches Rahmenprogramm mit historischem Festzug, Kinderfest, Schwertkampfturnier, historischem Markt und einem bayerischen Volksfest begleiteten diese bedeutende traditionelle Veranstaltung. In Bälde wolle man, so versicherte Bürgermeister Reinhold Macho, mit einem technisch auf den neuesten Stand gebrachten Drachen aufwarten, sofern willfährige Sponsoren gefunden werden. Am alten Drachen nagt nämlich unübersehbar der Zahn der Zeit. DK



Summer in the office - Für den Bürgermeister und diverse Wasserträger fiel der Sommerurlaub heuer flach. So ergaben sich im Zuge der tropischen Temperaturen vollkommen neue Einblicke und Perspektiven, weiß die Vorzimmerperle zu berichten. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

KONRAD warnt präziser	Seite 2
25 Jahre Freie Wähler	2
GZ-Kolumne Hanns Dorfner	
Kommunen brauchen Planungssicherheit	3
Bayerischer Museumstag	3
Bündnis zum Flächensparen	9 - 13
GZ-Fachthemen:	
Abfall, Recycling, Umweltschutz	5 - 8
Wasserversorgung, Wasserentsorgung	10 - 12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

KONRAD warnt präziser

Unwetter-Vorhersage- und Prognosesystem verbessert lokale Warnmöglichkeit

Innenminister Dr. Günther Beckstein hat vor der Presse das bayerische Unwetterwarnsystem mit dem darin integrierten Vorhersage- und Prognosesystem KONRAD des Deutschen Wetterdienstes vorgestellt. Wetter-Extreme sollen damit auf lokaler Ebene präziser dargestellt, die Vorwarnzeit bis in den Gemeindebereich wesentlich verbessert werden. Die Bayerische Gemeindezeitung sprach darüber mit dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl.

GZ: Welche Bedeutung messen Sie Unwettervorhersagen bis auf die lokale Ebene bei?

Brandl: Eine große! Gerade was den Hochwasserschutz angeht. Die Hochwässer der letzten Jahre hatten alle eines gemeinsam: Sie fingen mit lokal begrenzten Starkregenfällen an, die aufgrund des plötzlichen Einsetzens in den betroffenen Gemeinden verheerende Schäden anrichteten.

GZ: Was ist die Konsequenz daraus?

Brandl: Wir haben im September 2002 unmittelbar unter dem Eindruck des verheerenden Augusthochwassers beim Bayerischen Gemeindetag einen Arbeitskreis „Hochwasserschutz“ eingerichtet, in dem auch das Bayerische Innenministerium vertreten ist. Wir erarbeiten derzeit einen Praxisratgeber für Kommunen, in dem das Thema „Krisenmanagement und Unwettervorhersagen“ einen besonders hohen Stellenwert erhält. Den Gemeinden stehen mit diesem Leitfadens, der im übrigen voraussichtlich im Oktober offiziell vorgestellt wird, wertvolle Tipps und Informationen zu einer besseren Hochwasservorsorge zur Verfügung und gerade deshalb ist es erfreulich, dass in relativ kurzer Zeit eine signifikante Verbesserung der Unwettervorhersagen erreicht wurde.

GZ: Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus dem künftigen System der Unwetterwarnungen?

Brandl: Die Gemeinden sind

örtliche Sicherheitsbehörden im Sinne des Landesstraf- und Verordnungsrechts und haben damit die Aufgabe, auf örtlicher Ebene auch zur Vermeidung und Verhinderung von Gefahren beizutragen. Bei Unwettern kann es insbesondere bei öffentlichen Veranstaltungen oder an Orten mit einer besonderen Anfälligkeit für Gewitter und Niederschläge zu Gefahrensituationen kommen. Hier sind die Gemeinden aufgrund ihrer örtlichen Kenntnis besonders gefordert - bis hin zu gesonderten Vorbereitungsmaßnahmen, auch evtl. lokalen Katastrophenschutz-Sonderplänen.

Wir haben gerade deshalb als Bayerischer Gemeindetag eine stärkere Einbindung der Gemeinden in das System der Unwetterwarnungen gefordert. Wir freuen uns, dass der Bayerische Innenminister diesem Anliegen nachgekommen ist und ein Konzept vorangetrieben hat, das die Gemeinden einbezieht.

GZ: Wie genau kann denn eine Wettervorhersage sein?

Brandl: Die Verbesserung der Treffergenauigkeit der Unwettervorhersagen bis auf die Landkreisebene ist sehr positiv zu bewerten und auf dem bewährten Alarmierungssystem für den Brand- und Katastrophenschutz aufzubauen. Ich bin sicher, dass die Genauigkeit künftig aufgrund der technischen Fortentwicklung noch weiter verbessert werden kann; optimal wäre natürlich eine gemeindegnaue Vorhersage.

GZ: Wird das Wetter künftig einmal definitiv vorhersehbar?

Brandl: Die Fachleute des Deutschen Wetterdienstes haben mir zumindest bestätigt, dass das System KONRAD im so genannten Kurzfrist-Bereich eingesetzt wird, also bis maximal zwei Stunden vor dem Heranziehen des Unwetters, und dabei schon außerordentlich gute Ergebnisse möglich sind. Vorhersagen über längere Zeiträume bleiben auch in Zukunft schwierig, weil Gewitterfronten mitunter plötzlich Haken schlagen, denen auch die beste Technik bisher nicht folgen kann.

GZ: Kann sich jeder Bürger mit KONRAD über das Wetter informieren?

Brandl: Leider nein! KON-

RAD steht nur einer geschlossenen Benutzergruppe, wie z.B. den Katastrophenschutzbehörden zur Verfügung. Informationen über die Warnsituation in Bayern können aber von jedermann über die Homepage des Innenministeriums (www.stmi.bayern.de) unter dem Titel „Aktuelle Wetter-Warnungen“ oder bei anderen Anbietern abgerufen werden.

GZ: Vor welchen Unwettern haben Sie jetzt am meisten Angst?

Brandl: Oh je, am liebsten sind mir die Unwetterfronten, die vorbeiziehen. Ein Dauer-Tief herrscht leider jedoch bei unseren Gemeindefinanzen vor; unsere diesbezüglichen Unwetterwarnungen haben bisher noch nicht den erhofften Erfolg gebracht. Da ist aber nicht der Deutsche Wetterdienst gefordert, sondern andere: vor allem der Bundeskanzler, aber auch die Länder. Nur, das ist wieder ein anderes Thema.....

Enge Verbundenheit ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Landkreise und Bezirke ihren „Standortvorteil Bayern“ auch deshalb schätzen, „weil wir wissen, dass Sie uns ein zuverlässiger Partner sind“. Dennoch machte Zellner eines deutlich: Trotz des Erfolgs, Bayern vom Agrarland zu einem der modernsten Bundesländer umgestaltet zu haben, stünden seine Kommunen vor großen finanziellen Problemen.

Ministerpräsident Stoiber erklärte, die bayerischen kommunalen Spitzenverbände und ihre Repräsentanten seien für ihn von Anfang an über Parteigrenzen hinweg „faire Partner in einem nicht nur sachlichen, sondern

Standortvorteil Bayern

Zellner betonte, dass die bayerischen Gemeinden und Städte,

25 Jahre Freie Wähler:

Individualismus, Idealismus und freier Bürgerwille

Landtagswahl im Mittelpunkt eines Festakts in München

Bayerns Bürgern den Bestand ihrer Kommunen zu sichern, lautete die Botschaft der Freien Wähler Bayern anlässlich ihrer 25-Jahr-Feier in München. Kommunal Finanzen, Wirtschaftsentwicklung und Bildungsmisere seien die Achillesferse der regierenden CSU.

In ihren Festvorträgen ließen Bayerns ehemaliger Innenminister Dr. Bruno Merk und FW-Vorsitzender Armin Grein Geschichte und Bedeutung der Gebietsreform Revue passieren. Diese herausragende Leistung von Innenminister Merk bildete eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung Bayerns zum modernen und prosperierenden Staatswesen. Zu wesentlichen Teilen hat sie laut Armin Grein aber auch zur Gründung der Freien Wähler in Bayern beigetragen. Er erinnerte an den Grundgedanken seiner Vereinigung: „Die Freien Wähler sind die letzte Bastion des freien Bürgerwillens, in der noch Idealismus, Individualismus und die freie Entfaltung der Persönlichkeit bestehen.“

Highlight Konnextität

Als Anwalt der Kommunen hätten sich die Freien Wähler schon längst qualifiziert, sagte Grein. Die Tatsache, dass die Partei durch ihre Androhung eines Volksbegehrens das Konnextitätsprinzip bald in der bayerischen Verfassung sehe, „war und ist ein Highlight in unseren Bemühungen um den Freiraum und die Finanzausstattung der Kommunen“. Begrüßenswert sei es, dass Ministerpräsident Edmund Stoiber eine weitere Anregung der FW aufgegriffen habe und über den Bundesrat das Konnextitätsprinzip nun auch im

freundschaftlichen Dialog“ gewesen.

Kommunen müssen entlastet werden

Es sei klar, dass die Kommunen entlastet werden müssten. Standards und Vorschriften seien zu reduzieren. Hierzu lägen der Projektgruppe Verwaltungsreform über 300 Vorschläge vor, die zur Zeit geprüft würden. Noch im September werde die Staatsregierung Entscheidungen zur Entlastung der Kommunen treffen. Als Beispiele nannte Stoiber den Wegfall der Genehmigungspflicht von Grundstücksteilungen im Baurecht, verstärkte Pauschalierungen im kommunalen Finanzausgleich und Förderrecht, die Abschaffung diverser Statistiken und die Überprüfung der Fehlbelegungsabgabe.

Neue Belastungen durch den Bund

Bedroht werde die kommunale Selbstverwaltung allerdings durch die dramatische Verschlechterung der Finanzlage der Kommunen, fuhr Stoiber fort. Jeder wisse, dass die finanzielle Misere der Kommunen maßgeblich durch Versäumnisse und Fehlleistungen des Bundes verursacht werde. Das Wegbrechen der kommunalen Steuereinnahmen sei in erster Linie eine Folge der rot-grünen Steuerreform. Auf der Ausgabenseite habe der Bund den Kommunen ständig neue Belastungen auferlegt, wie z.B. durch die Einführung der Grundsicherung. Es sei aber auch bekannt, dass aufgrund der kommunalfreundlichen Politik der Bayerischen Staatsregierung die finanzielle Lage der Kommu-

nen in Bayern trotz aller Probleme nach wie vor deutlich günstiger als in anderen Ländern sei.

Bayern trete für eine rasche finanzielle Entlastung und eine nachhaltige Stärkung ihrer finanziellen Ausstattung ein. Ab 1. Januar 2004 soll eine wirksame Verbesserung der Gemeindefinanzen eintreten. Die Idee des Zuschlagsmodells ist Stoiber zufolge dafür keine geeignete Grundlage. Denn die Stadt-Umlandproblematik würde massiv verschärft. Die Entlastung der Unternehmen würde durch eine stärkere Belastung der übrigen Steuerzahler erkauft, und die Einführung wäre mit gewaltigem bürokratischem Aufwand verbunden. Demzufolge müsse die Gewerbesteuer reformiert werden. Von einem dringenden nötigen Wachstumsschub und den damit verbundenen Arbeitsplätzen würden auch die Kommunen profitieren.

Bayerisches Sofortprogramm

Auch sehe das bayerische Sofortprogramm eine Entlastung der Kommunen bei der Sozialhilfe, der Grundsicherung sowie bei der Kinder- und Jugendhilfe vor. Außerdem müsse ein Konnextitätsprinzip künftig auch auf Bundesebene gelten. Stoiber: „Es muss endlich Schluss damit sein, dass der Bund den Kommunen ständig neue Aufgaben vorschreibt, ohne sich um die Finanzierung zu kümmern.“

Der Ministerpräsident dankte schließlich den Spitzenverbänden für die Fairness bei aller kritischen Auseinandersetzung. Zugleich stellte er fest: „Wenn es den Kommunen nicht gut geht, dann nützt alles andere nichts.“

DK

Kommunen führen künftig weniger an Bund und Länder ab:

Eichel lenkt ein

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht, dass die Bundesregierung den Not leidenden deutschen Kommunen nun doch entgegenkommen wolle.

Bundesfinanzminister Hans Eichel habe Einsehen dafür gezeigt, dass er den gebeutelten Kommunen entgegenkommen muss. Er sei gesprächsbereit. Derzeit entwickeln seine Experten entsprechende Vorschläge.

Trotzdem ist der Streit zwischen Regierung und kommunalen Spitzenverbänden inzwischen eskaliert. Die Repräsentanten von Städtetag, Landkreistag und Gemeindebund kündigten am Montag ihre Kooperation mit Eichel auf, weil sein Ministerium das Steueraufkommen der Kommunen schönrechne. Die Steuerexpertin der Grünen, Christine Scheel, warf dem Finanzministerium ebenfalls vor, es habe „sehr, sehr unlauter gehandelt“ und falsche Berechnungen vorgelegt.

Die Forderung des Städte- und Gemeindebunds nach einem Krisengipfel mit dem Kanzler wurde bisher nicht erfüllt.

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hartwig Reimann
91126 Schwabach
am 18.9.

Bürgermeister Georg Schmerbeck
84184 Tiefenbach
am 19.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Rudolph
91459 Markt Erlbach
am 9.9.

Bürgermeister
Dr. Bernd Rieder
82194 Gröbenzell
am 11.9.

Landrat Dr. Peter Seißer
95632 Wunsiedel
am 11.9.

Bürgermeister
Dr. Manfred Nozar
86356 Neusäß
am 13.9.

Bürgermeister Georg Sterzer sen.
82386 Oberhausen
am 17.9.

Bürgermeister Dieter Zehndner
97539 Wonnfurt
am 20.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Alfred Baumgärtner
95499 Harsdorf
am 16.9.

Bürgermeister Johann Sailer
92559 Winklarn
am 17.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Michael Herlicher
97456 Dittelbrunn
am 8.9.

Bürgermeister Johann Schrott
92269 Fensterbach
am 17.9.

„Ein Segen für Bayern“

Für Bayern seien Freie Wähler im Landtag ein Segen, fuhr der Vorsitzende fort. Nach den Landtagswahlen werde man ver-



Die beiden Festredner beim Jubiläum der Freien Wähler (v. l.): Bayerns ehemaliger Innenminister Dr. Bruno Merk und FW-Landesvorsitzender Landrat Armin Grein.

abzuschaffen und ein Sofortprogramm für die Kommunen aufzulegen, das deren Einnahmeverluste aufgrund verfehlter Steuergesetze seit 2000 kompensiert. Ein „Zwei-Säulen-Modell“, bestehend aus einer Erweiterung der Gewerbesteuer und einer Erhöhung des Kommunalanteils an der Mehrwertsteuer auf 5 Prozent, ist ebenso angedacht wie höhere Investitionen durch die Kommunen, was wiederum mehr Geld für die bayerische Wirtschaft bedeute.

Entbürokratisierung durch Entperfectionierung

In puncto Wirtschaft und Arbeitsplätze habe eine Entbürokratisierung durch „Entperfectionierung“ der Gesetze oberste Priorität. Auch dürften München und Oberbayern nicht länger bevorzugt werden. Es müsse endlich ein effizientes Wirtschaftsprogramm für die innerbayerischen „Notstandsgebiete“ aufgelegt werden. Zudem müssten Sparkassen und Genossenschaftsbanken als wichtigste Kreditgeber für den Mittelstand erhalten werden. Wichtig sei auch ein größeres Kreditvolumen der Landesbank für Aufbaufinanzierung für Maßnahmen zum Erhalt von Betrieben und Arbeitsplätzen.

Im Bereich Bildung und Jugend wollen die Freien Wähler die Hauptschule stärken und für eine stärkere Verzahnung mit den wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen der Region (Ausbildung einer „Regionalschule“) sorgen. Mehr Bildungsangebote an den Hauptschulen, die zur mittleren Reife führen und weiterführende Bildungsabschlüsse offen halten, seien ebenso notwendig wie flächendeckende schulische Ganztagesangebote auf freiwilliger Basis oder aber auch die Förderung der ehrenamtlichen Jugendarbeit. Gefordert wird schließlich auch die Verkürzung der Schulzeit am Gymnasium von neun auf acht Jahre.

DK

12. Bayerischer Museumstag in Weißenburg:

„Nur gemeinsam sind wir stark“

„Museen vernetzt - Wege der Zusammenarbeit“: Das Motto des 12. Bayerischen Museumstag in Weißenburg war Programm. Rund 350 Museumsfachleute diskutierten bei der größten Museumsfachtagung im deutschsprachigen Raum, wie sie ihre eigenen Handlungsspielräume durch Kooperationen in den Bereichen Museumsammlung, Ausstellung oder Werbung erweitern können.

Auf die zunehmende Bedeutung der vernetzten Arbeitsweise und Bündelung von Informationen auch im Museumsbereich wies Kunstminister Hans Zehetmair hin. Der Auf- und Ausbau von überregionalen oder grenz-

Museen rund um München“ beispielsweise, vorgestellt von Angelika Mundorf (Stadtmuseum Fürstentumbruck), dient der Entwicklung gemeinsamer Strategien bei Öffentlichkeitsarbeit und Museumsmanagement. An den

werden, und zwar über den eigentlichen Museumsbereich hinaus, so dass interdisziplinäres Handeln möglich wird. Zudem müsse die Qualität des Kulturangebotes Vorrang haben. Dies erfordere Entscheidungen, die laut Kluxen „durchaus auch auf wenig Verständnis stoßen werden“. Auch sollte die Finanzentwicklung längerfristig beobachtet und prognostiziert werden, um nachhaltiges Agieren zu garantieren. Schließlich sollte sich die Kulturpolitik und damit die Museumspolitik an der gesamtgesellschaftlichen Diskussion intensiver beteiligen, damit Kultur als freiwillige Aufgabe nicht immer wieder auf dem Prüfstand steht.

Bayerischer Museumspreis

Höhepunkt der Veranstaltung war die Bekanntgabe des Preisträgers des Bayerischen Museumspreises 2003. Wie Martin Joachim, Pressesprecher der Bayerischen Versicherungskammer, in seiner Laudatio betonte, soll mit dieser Auszeichnung ganz gezielt herausragende Kulturarbeit in Bayern gewürdigt und angeregt werden. Ziel ist es, Museen auszuzeichnen, die nicht von staatlicher Seite betrieben werden.

Gewinner Roth und Cham

Als Gewinner ging das Fabrikmuseum Roth hervor. Das 1988 gegründete Museum überzeugte die Jury vor allem durch die lebendige Museumsarbeit engagierter, ehrenamtlicher Mitarbeiter. Es thematisiert in hervorragender Weise einen einst dominierenden Wirtschaftszweig im mittelfränkischen Roth: die leonische Industrie. Unter dem Begriff „leonische Waren“ versteht man Gold-, Silber- oder aufbereitete Kupferdrähte und die daraus hergestellten Produkte.

Mit einem Sonderpreis wurde das „Chamer Modell“ bedacht, d.h. Museen werden zentral von einem Museumsreferat betreut. Hauptamtliche Fachkräfte beraten die vielen kleinen Museen des Kreises in Sachen Konzeption, Organisation und Öffentlichkeitsarbeit. Den ehrenamtlich geführten Museen steht so eine qualifizierte Beratung zur Verfügung. Durch diese Initiative ist es dem Landkreis Cham gelungen, inzwischen auch überregional ein kulturelles Profil zu entwickeln. DK

regelmäßigen Treffen nehmen acht Museen und Galerien aus fünf Orten teil: Stadtmuseum Fürstentumbruck, Heimatmuseum der Stadt Starnberg, Bezirksmuseum, Gemäldegalerie und Neue Galerie Dachau, Bauernhofmuseum Jexhof bei Schöngeising und Kallmann-Museum und Schlossmuseum Ismaning. Als „Kulturmacher“ der Region will die AG das verwöhnte Publikum aus der Landeshauptstadt auf die abwechslungsreiche Museumslandschaft rund um München aufmerksam machen.

Interdisziplinäres Handeln

Was Museen vom Bezirk Mittelfranken als kommunaler Gebietskörperschaft erwarten können, und was die künftige Museumspolitik des Bezirks leisten sollte, zeigte Dr. Andrea M. Kluxen, Kulturreferentin des Bezirks Mittelfranken, auf. Ihrer Ansicht nach sollten die Interessen verstärkt vernetzt und die Rahmenbedingungen verbessert



Der Minister mit (v. l.) Dr. Wolfgang Stäbler (Landesstelle), Dr. York Langenstein (Leiter der Landesstelle), Dr. Hans-Martin Hinz (Präsident ICOM-Deutschland), Prof. Dr. Max Fuchs (Vorsitzender des Deutschen Kulturrates). Foto: M. Hundemer

übergreifenden Kontakten, die Kommunikation im Internet oder der Austausch zwischen „Museumsleuten“, Architekten und anderen Gestaltern steigere die Präsenz der Museen in der Öffentlichkeit, sagte Zehetmair.

Im Hinblick auf dieses Ziel habe er sich mit Finanzminister Kurt Falthaus darauf verständigt, dass im Frühjahr 2004 eine zentrale Informationsstelle für die bayerischen Museen und Schlösser eröffnet wird. Zehetmair: „Die Informationsstelle im Alten Hof in München soll allen bayerischen Museen und den Häusern der Schlösserverwaltung ein Forum für vernetzte Öffentlichkeitsarbeit bieten und einzelnen Besuchern, Gruppen, Reiseveranstaltern und Touristik-Fachleuten als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.“

Ausstellungsverbände

Die Botschaft des Vortragstitels „Nur gemeinsam sind wir stark“ von Prof. Dr. Max Fuchs, dem Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates, spielt gerade im Kulturbereich eine herausragende Rolle. Fuchs zeigte auf, dass die Abstimmung mit anderen Museen oder kulturellen Einrichtungen die Arbeit der hauptamtlichen wie auch der vielen ehrenamtlichen Museumsmitarbeiter erleichtern und um vielfältige Facetten ergänzen kann.

Ausstellungsverbände mehrerer Museen erweiterten das Programm der einzelnen Häuser und eröffneten neue Perspektiven für Ausstellungs- und Publikationsprojekte, so Fuchs. Die Arbeit in kulturellen Organisationen führe zu einer Professionalisierung der Museumsarbeit. Die Kooperationen mit regionalen Werbegemeinschaften, Touristik- oder Marketingfachleuten ermögliche die Einbettung der kulturellen Angebote in übergreifende Werbestrategien.

Kulturmacher der Region

Praxisbeispiele der verschiedensten Kooperationsformen und -möglichkeiten lieferten den Teilnehmern des Museumstags einen Anreiz, sich untereinander stärker zu vernetzen. Die Arbeitsgemeinschaft „Landpartie-

GZ

Kolumne
Hanns Dorfner

Liebe Leser

Die Schlagzeilen der Medien belegen es Tag für Tag überdeutlich: In dieser Bundesrepublik gibt es neben einer Konjunkturkrise auch eine Vertrauenskrise. Das Vertrauen in eine Politik, die nur diskutiert aber nicht handelt, so des Volkes Stimme, ist nachhaltig gestört, Wirtschaft und Bürger sind seit Monaten gleichermaßen verunsichert. Gesundheitsreform, Steuerreform, Reform der Gemeinde Finanzen, die Verwirrung über deren



rufler ist zwar sicherlich ein richtiger Schritt, letztlich läuft er aber doch nur auf einen Verschiebepunkt hin aus, weil die entrichtete Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer abgesetzt werden kann und damit den Kommunen bei der Einkommensteuerbeteiligung wieder fehlt. Wenn man dann noch die durch die vorgezogene Steuerreform bedingten Belastungen der Kommunen hinzu rechnet, dann sei die Frage erlaubt, was denn nunmehr

Kommunen brauchen Planungssicherheit

Ziele und Inhalte nimmt mitunter schon groteske Formen an, während die kommunale Finanzkrise in Anbetracht ihres Ausmaßes mit dem Prädikat „dramatisch“ nur unzureichend beschrieben wird und sich zunehmend weiter verschärft.

Nach über einem Jahr stand die Expertenkommission zur Reform der Gemeinde Finanzen ohne Konsens da, wie wohl man sich auf Wirtschaftssseite nicht auf den Vorschlag der Kommunalen Spitzenverbände zur Modernisierung der Gewerbesteuer durchbringen konnte und vielmehr ein aus kommunaler Sicht völlig untaugliches eigenes Modell favorisierte. Der kommunale Vorschlag hingegen stellt auf eine breitere Lastenverteilung durch Ausweitung des Kreises der Steuerpflichtigen sowie der stabilisierenden Elemente der Bemessungsgrundlagen, wie z.B. die Zurechnung aller Zinsen oder des Finanzierungsanteils aller Mieten, Pachten und Leasingraten zum Gewerbeertrag ab und bedeutet damit nach meiner Auffassung eine gerechtere Wertabschöpfung vor Ort.

Was nunmehr seit einigen Wochen nach der Kanzlerrunde allerdings als großer finanzpolitischer Wurf von Rot-Grün verkauft wird, ist nichts anderes als eine Schmalzpurreform, die zu Recht auf harsche Kritik und Enttäuschung stößt. Das wesentliche Reformziel, endlich eine Verbesserung und vor allem Verstärkung der kommunalen Einnahmeseite zu erreichen, um einen adäquaten Ersatz für eine in der Vergangenheit völlig ausgehöhlte Gewerbesteuer zu erhalten, wird mit dem Kabinettsbeschluss von Rot-Grün jedenfalls nicht erreicht. Ein Kernstück davon, nämlich die im Sinne von mehr Steuergerechtigkeit so wichtige Besteuerung von gewinnunabhängigen und stabilisierenden Bestandteilen fand bedauerlicherweise nicht die Zustimmung in der Regierungsrunde. Es steht daher zu befürchten, dass vielfach wieder Umgehungsstatbestände bei der Gewerbesteuer geschaffen, zumindest aber begünstigt werden, die eine gerechtere Heranziehung von größeren Unternehmen und Konzernen erschweren werden.

Die Ausweitung der Besteuerung auf Freibe-

nach den monatelangen Expertengesprächen und der Kanzlerrunde noch an wirklich neuen und zukunftsfähigen Regelungen übriggeblieben ist, wo das Prädikat „modern und effektiv“ angebracht wäre. So verbleibt gerade mal die Anhebung des Anteils der Kommunen an der Umsatzsteuer, während die Rückführung der Gewerbesteuerumlage auf das Niveau vor der rot-grünen Steuerreform leider keine Billigung gefunden hat. Die so hochgeprieseene Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wird, folgt man den Vorstellungen des sog. Hartz IV-Konzepts, bestenfalls zu einer Entlastung des Bundes auf Kosten der Länder und wieder einmal der Kommunen führen. Mit diesem Reformchen wird es nicht gelingen, die Zukunftsfähigkeit der Kommunen zu sichern.

Das bisweilen wie ein Polittheater anmutende Gerangel um die Gemeindefinanzreform findet also auch nach der Kanzlerrunde seine unrühmliche Fortsetzung. Da bezweifeln die Grünen zu Recht den Reformgehalt, der SPD-Fraktionsvorsitzende redet bereits von notwendigen Nachbesserungen und von Unionsseite wird scharfe Blockade im Bundesrat angekündigt. Gerade dieses alles können wir nicht gebrauchen, wir brauchen endlich schnelle Hilfen, denn der 1. Januar 2004 naht und im Herbst stehen allenfalls die Haushaltsplanungen an. Wir brauchen Planungssicherheit.

Schnelle Hilfe kann das Sofortprogramm, welches von der Bayerischen Staatsregierung eingebracht wurde, bringen. Dieser Vorschlag wird inzwischen auch von allen CDU-Ministerpräsidenten unterstützt. Die Kommunalen Spitzenverbände wären gut beraten, sich diesem Kompromiss anzuschließen, da der Vorschlag der Spitzenverbände offensichtlich weder von der Bundesregierung noch von der Opposition unterstützt wird. Wir brauchen Hilfe, die zum 1.1.2004 wirksam werden kann.

Bleibt nur zu hoffen, dass dies von allen politischen Verantwortlichen so gesehen wird, will man nicht riskieren, dass weiterhin Glaubwürdigkeit und Vertrauen auf der Strecke bleiben. Überlegungen, Diskussionen und Reden hat es in der Vergangenheit weiß Gott genug gegeben, jetzt sind endlich Taten gefragt und zwar schnelle!

Hanns Dorfner

E.ON Bayern verleiht Innovationspreis an bayerische Kommunen:

Auszeichnung für ökologisches Bauen

400000 Euro verteilte E.ON-Bayern-Vorstandsmitglied Edith Volz-Holterhus im Münchner Maximilianeum im Rahmen eines Festaktes an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von fünf bayerischen Kommunen. Im Beisein von Innenminister Dr. Günther Beckstein, E.ON-Vorstand Dr. Peter Deml, sowie zahlreichen Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft würdigte damit der größte bayerische Energiedienstleister das herausragende Engagement der Kommunalpolitiker für ressourcen- und umweltschonenden Energieeinsatz.

Mit dem „Innovationspreis für zukunftsorientiertes Bauen“ werden nach Angaben des Unternehmens Kommunen ausgezeichnet, die umweltschonendes Bauen verwirklicht und damit ökologisches Denken in die Tat umgesetzt haben. „Zum Start unseres Unternehmens vor nunmehr knapp zwei Jahren haben wir den Innovationswettbewerb ins Leben gerufen“, erklärte Dr. Peter Deml, Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG. „Wir leisten damit auch einen Beitrag zur Umsetzung der lokalen Agenda 21“. Zudem habe die Partnerschaft mit den bayerischen Kommunen für E.ON Bayern einen hohen Stellenwert. Der mit 400.000 Euro dotierte Wettbewerb solle signalisieren,

dass E.ON-Bayern an der Seite der Kommunen stehe.

Fünf Gewinner

Der Innovationswettbewerb stieß auf reges Interesse. Eine Fachjury wählte aus allen Zusendungen fünf Gewinner aus. Preise in Höhe von 100.000 Euro erhielten die niederbayerische Stadt Vilshofen, die Gemeinde Furth bei Landshut sowie die unterfränkische Stadt Arnstein. 60.000 Euro gingen an die Stadt Königsberg, 40.000 Euro an die Gemeinde Oerlenbach, ebenfalls beide aus Unterfranken.

Staatsminister Dr. Beckstein lobte das Engagement des Energiedienstleisters. Die Auszeichnung ganzheitlicher städtebauli-

cher Konzepte biete den Kommunen ein Forum für deren ökologisches Engagement und werbe für örtliches umweltorientiertes Handeln. Nachhaltigkeit im Bereich des Bauens bedeute die Voraussetzungen für eine weiter notwendige wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen, eine intakte Sozialstruktur der Siedlungen bereitzustellen ohne nachfolgende Generationen zu belasten.

Nachhaltigkeit

Erfreut zeigte sich Beckstein auch darüber, dass E.ON die Preisgelder ausdrücklich zweckgebunden vergeben hat um damit die Umsetzung zukunftsorientierter Bau- und Planungsmaßnahmen über die ausgezeichneten Projekte hinaus weiter zu tragen.

Ein ausdrückliches Lob zollte der Innenminister

den bayerischen Kommunen: „Über Ökologie zu reden ist leicht. Umweltgerechte Ideen aber sinnvoll in die Tat umzusetzen, erfordert Weitblick, Ausdauer und ein gehöriges Maß an ökologischer Kompetenz.“

Die Gemeinde Oerlenbach in Unterfranken bewarb sich mit ei-

nem ökologischen Baugebiet in Bahnhofsnahe für den Wettbewerb. Auf breiter Basis - insbesondere in den lokalen Agenda-Arbeitskreisen wurden Themen für ökologische Handlungsfelder erarbeitet und in einer Positivliste strukturiert und gewichtet. Es (Fortsetzung auf Seite 4)



Freuten sich gemeinsam mit den Preisträgern (v. l.): Edith Volz-Holterhus, Ursula Heller, Dr. Günther Beckstein und Dr. Peter Deml.

Die globale Umweltmesse ENTSORGA vom 23. bis 27. September in Köln:

Innovativ, universal, international

Impulse von und für rund 1.000 Unternehmen aus 25 Ländern

Rund 1.000 Unternehmen aus 25 Ländern spiegeln die unterschiedlichen Facetten der Umweltbranche wider und fördern so den weltweiten Ideen- und Gedankenaustausch. Innovativ in Technik und Services, umfassend im Themenspektrum und international im Angebot gibt sie ein Aufbruchsignal für neue Geschäfte. Als globale Umweltmesse mit Führungsanspruch zeigt sie passende Lösungen innerhalb des veränderten gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmens.

Dies unterstreicht auch das Angebot vieler Marktführer, die in diesem Jahr auf der ENTSORGA in Köln präsent sind.

Angebotsschwerpunkte

Zur besseren Übersicht sind insgesamt 16 Angebotsschwerpunkte in acht Themenzentren zusammengefasst:

Abfall und Recycling. in Halle 10 und im Freigelände im Innenhof platziert. Hier findet der Besucher das gesamte Angebot für Sammlung, Transport und Beseitigung, stoffliches und energetisches Recycling, Kompostierung, Sortierung und Aufbereitung, Deponie, mechanisch-biologische und chemisch-physikalische Behandlungsanlagen.

Verbrennung und Energie. ebenfalls in Halle 10 und im Freigelände im Innenhof zu finden. Dieses Schwerpunkt-Zentrum zeigt Verbrennungsanlagen, thermische Nutzung – Sekundärbrennstoffe und erneuerbare Energien (Biogas/Ver-gärung).

Sehr viele Neuaussteller verzeichnet die ENTSORGA im Bereich **Wasser und Abwasser** in Halle 9. Frischwasser-Versorgung, -Gewinnung und -Aufbereitung sind hier ebenso zentrale

Themen wie Abwasser-Entsorgung, Kläranlagen und Kanalbaubau. Hinzu kommen Kanalisation, Kanal-TV, -Reinigung und -Sanierung sowie Inlining-Verfahren und Klärschlamm.

Im **Zentralbereich Umwelt-dienstleistungen, Multi Utili-ties und Kommunale Dienste** steht Service im Mittelpunkt: Straßenreinigung, Beleuchtung, Grundstückspflege, Gebäudereinigung, Sicherheitsdienste, Ver-und Entsorgungsdienste sowie Paket-Lösungen zu Entsorgung, Energie, Versorgung, Gebäude-Reinigung und Begrünung. Rund 110 Firmen zeigen in den Hallen 11 und 12 ihr Angebot.

In Halle 11 und 12 haben im **Zentrum Forschung und Or-ganisation** Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstitute ihre Plattform ebenso wie Ver-bände, Kammern, Kommunen, Parteien, Ministerien, Consul-tants sowie Export- und Wirt-schaftsförderung.

In Halle 14 ist Bewegung: **Technik und Logistik** sind hier platziert, d.h. Basisfahrzeuge und Spezialaufbauten, Hydraulik und Industripumpen sowie Aufbauten und Behälter. Hinzu kommen Routenplanung und Software.

Unfallschutz und Arbeitssi-cherheit belegt einen Teil der

Halle 11. Hier sind die Ausrüster und Dienstleister angesiedelt, die Arbeitskleidung, Schutzkleidung und Sicherheitsausrüstung anbieten. Ebenfalls in einem Teilbereich der Halle 11 ist das Angebot für **Luft und Lärm** konzentriert. Hier dreht sich alles um Abluftreinigung und Lärm-schutz.

Rahmenprogramm

Im international ausgerichte-ten Rahmenprogramm mit öf-fentlichen **Kongressen, Sympo-sien und Seminaren** von Ver-bänden, kommunalen Vereini-gungen und Gebietskörperschaf-ten geht es z.B. um die Zukunft des DSD, die 30. Immissions-schutzverordnung, erneuerbare Energien, Ersatzbrennstoffe, Winterdienst und Zertifizierung. Hinzu kommt im Freigelände an Halle 14.2 die Fahrzeugschau „VAK in motion“ vom Verband der Arbeitsgeräte- und Kommu-nalfahrzeuge-Industrie, eine Job-börse mit Arbeitsplätzen in der Umweltbranche, eine Speakers Corner in Halle 10.2 sowie Be-sichtigungstouren zu Recycling-, Behandlungs- und Entsorgungs-anlagen im Rheinland.

Trash People

Spektakulär ist die Kunstakti-on des Kölner Aktionskünstlers HA Schult mit seiner globalen Skulptur der „1.000 Trash Peo-ple“. Einzige Station der Trash People in Deutschland ist die ENTSORGA. International viel beachtet, gastierte dieses Kunst-

werk bereits auf der Chinesi-schen Mauer, auf dem Roten Platz in Moskau, in Paris, vor den Pyramiden in Gizeh und jüngst am Matterhorn.

Als erste Umweltmesse der

Welt wird die ENTSORGA CO₂-neutral durchgeführt. Dafür werden im Kölner Umland, in Nord- und Ostdeutschland ins-gesamt 65 Hektar Ackerflächen in Wald umgewandelt.

Reputationsanalyse der DKR

Ruf des Kunststoffrecyclings auf dem Prüfstand

Die Deutsche Gesellschaft für Kunststoff-Recycling mbH (DKR) hat in einer Reputationsanalyse anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens eine Standortbestimmung des Unternehmensbildes bei zentralen Interessengruppen vorgenommen. Auf einer Skala von 1 (schlechtester Ruf) bis 5 (bester Ruf) erzielte die DKR einen Wert von 3,34.

Mit 37 Prozent positiven so-wie 46 Prozent neutralen Ein-schätzungen liegt die Unterneh-mensreputation im Vergleich zu Analysen anderer Unternehmen deutlich über dem Durchschnitt. Getragen ist das positive Ergeb-nis von der Wertschätzung, die der DKR entgegengebracht wird, der innovativen und unter Umweltgesichtspunkten akzeptierten Arbeit, der guten Dienstleistungen und Produkte sowie der kompetenten Führungsmannschaft. Insgesamt liegt die Reputation der Recyclingbran-che unter dem Durchschnitt der anderen Branchen. Dabei genießt die DKR wiederum eine bessere Reputation als die Recy-clingbranche insgesamt.

„Die Analyse zeigt uns sehr genau und wissenschaftlich fun-diert, wo wir heute stehen - und welches Bild die Öffentlichkeit von unserer täglichen Arbeit hat“, so Uli Martin, Leiter der DKR-Unternehmenskommuni-kation. Dementsprechend ließen sich für die Perspektiven der DKR wichtige Rückschlüsse ziehen. An der Online-Befragung nahmen 197 Meinungs-bildner und Entscheider der Ent-sorgungs- und Kunststoffindu-

strie, von Verbänden, Ver-packungsherstellern, Politik, Medien, DKR-Verwertungspartnern und Lizenznehmern des Grünen Punktes teil.

Transparenz und Kommunikationsfähigkeit

Im Einzelnen gaben 61 Pro-zent aller Befragten an, dass sie die Dienstleistungen der DKR schätzen, Vertrauen in das Unter-nehmen äußerten 56 Prozent. 53 Prozent sehen die DKR als inno-vative Kraft im Kunststoffrecyc-ling. Die Kommunikation der DKR wurde von 65 Prozent der Befragten als transparent ange-sehen. Das Partnermagazin „DKR im Blick“ beurteilten drei Viertel gut oder sehr gut, ebenso bekamen der jährliche Kongress und der Internetauf-tritt gute Noten.

Kritisch äußern sich die Be-fragten insbesondere über öko-nomische Aspekte der Kunst-stoffverwertung. So sieht ledi-glich ein Drittel der Befragten die Arbeit der DKR als profitabel und kosteneffizient an. Für DKR-Geschäftsführer Dr. Vol-ker Gibs eine Bestätigung der unternehmensstrategischen Aus-

richtung: „Die Analyse gibt uns ein deutliches Signal, dass wir gemeinsam mit marktorientier-ten und innovativen Partnerun-ternehmen unsere Ziele in der Kostensenkung erreichen kön-nen, aber auch müssen. Denn nur so können wir die Akzeptanz für das Kunststoffrecycling er-halten, bzw. weiter steigern.“

Bis 2006 strebt die DKR an, die Verwertungskosten für eine Tonne Kunststoffverpackungen mit dem Grünen Punkt von zur-zeit 261 auf 150 Euro zu senken. Dies entspricht in etwa dem ak-tuellen Kostenniveau der Abfall-beseitigung. Als Garantiegeberin des Dualen Systems ist die DKR seit 1993 verantwortlich für die zuverlässige Verwertung von Kunststoffverpackungen mit dem Grünen Punkt. Das Kölner Unternehmen hat rund 70 Mitar-beiter und etwa 70 Verwertungs-partner in ganz Deutschland.

Die Analyse der DKR stützt sich weitgehend auf das Reputa-tion-Quotient-Modell des US-amerikanischen Reputation In-stitute. Hierdurch sind verglei-chende Rückschlüsse mit ande-ren Unternehmen möglich. Die Analyse wurde im April und Mai 2003 unter der wissenschaftli-chen Leitung des Hannoveraner Professors Dr. Klaus-Peter Wied-mann vorgenommen. Er ist unter anderem Direktor des Reputati-on Institute in Deutschland und Gesellschafter des Strategy & Marketing Institute in Hannover.

In einem umfassenden Fra-genkatalog wurden sechs Berei-che untersucht, denen eine zen-trale Bedeutung bei der Bildung von Unternehmensreputation beigemessen wird: emotionale Anziehungskraft, Dienstleistun-gen, Vision und Führung, Ar-beitsplatzumfeld, finanzielle Performance, soziale Verant-wortung.

TREA Breisgau:

25 Jahre konstante Entsorgungsgebühren

Schwarzwälder Kommunen mit innovativem Finanzierungsmodell

Ab Juni 2005 darf auf deutschen Deponien kein unbehandelter Abfall mehr abgekippt werden. Wegen des notwendigen Baus von Abfallbehandlungsanlagen drohen in vielen Regionen höhere Entsorgungsgebühren. Im Schwarzwald führen Kommunen mit einem innovativen Finanzierungsmodell vor, dass es auch anders geht.

Am Grunde der 13 Meter tiefen Grube gießen Bauarbeiter im neuen Gewerbepark Breisgau in Eschbach, 20 Kilometer von Freiburg entfernt, die Bodenplatte für eine Zukunftsinvestition der Schwarzwald-Region: Aus Beton und Bewehrungsstahl entsteht das Fundament der künftigen Abfallentsorgung der Region.

Public-Private-Partnership

Ab 2005 sollen hier täglich 450 Tonnen Haus- und Gewerbeabfälle aus den Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und dem Ortenaukreis sowie aus der Stadt Freiburg thermisch behandelt werden, 150.000 Tonnen im Jahr. Knapp 80 Millionen Euro wird die „Thermische Restabfallbehandlungs- und Energieverwertungsanlage“ (TREA Breisgau) kosten. Wie die Schwarzwald-Kommunen die teure Investition als Public-Private-Partnership mit privaten Geldgebern und Betreibern realisieren und finanzieren, könnte zum Erfolgsmodell für die öffentliche Hand werden.

Von der Anlage können sich Besucher am Bauzaun auf einer

großen Informationstafel ein Bild machen: Das gewölbte Dach der Abfallverbrennungsanlage erinnert an die Architektur eines Flugzeughangars - der neue Gewerbepark war früher ein französischer Militärflugplatz. Die Form findet sich wieder im roten Schwung des Logos der TREA Breisgau. Das rote Logo und das helle Blau des Schriftzugs „TREA“ symbolisieren die Zusage, dass die Abfallverbrennung weder Umwelt noch Anwohner stören soll.

Zehn Angebote

Mit diesem Versprechen hatte die Bietergemeinschaft SOTEC aus Saarbrücken (www.sotec.de) und SITA Deutschland aus Köln den Zuschlag der beteiligten kommunalen Gremien für Bau und Betrieb der Anlage gewonnen. Kein leichter Erfolg: Immerhin zehn Angebote mit unterschiedlichen Konzepten - thermische und mechanisch-biologische Verfahren oder Transport zu externen Verbrennungsanlagen - wurden technisch, wirtschaftlich und juristisch geprüft. Das Ergebnis fiel eindeutig zugunsten der Bieterge-

meinschaft SOTEC/SITA aus.

Landrat Jochen Glaeser hatte allen Grund, die politische Einigkeit der kommunalen Partner zu loben. Sie machten mit ihrem einhelligen Beschluss rechtzeitig den Weg dafür frei, dass die Region die verschärften Bestimmungen der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) erfüllen kann. Die TASi und die Verordnung über die Ablagerung von Siedlungsabfällen regeln die Entsorgung von Hausmüll. Ab Juni 2005 verbieten sie die Deponierung nicht thermisch oder mechanisch-biologisch vorbehandelter Abfälle.

Fünf vor zwölf

Die beteiligten Kommunen im Schwarzwald haben dafür rechtzeitig die Voraussetzungen geschaffen. „Die Uhren stehen auf fünf vor zwölf“, sagt Glaeser: „Wer jetzt noch nicht geplant hat, kann die Auflagen kaum noch erfüllen. Zwei bis drei Jahre dauert es von der Planung bis zur Inbetriebnahme einer Abfallbehandlungsanlage.“ Vernünftig dimensionierte Abfallbehandlungsanlagen setzen Jahresabfallmengen von mindestens 50.000 bis 70.000 Tonnen voraus, das entspricht dem Abfall von 100.000 bis 200.000 Einwohnern.

Angesichts dieser Herausforderung haben die Breisgau-Kreise mit ihrem Beschluss ei-

nen Coup gelandet: Während andere Städte und Gemeinden als Folge der verschärften TA-Si-Auflagen die Bürger schon auf höhere Abfallgebühren vorbereiten, garantieren die Schwarzwald-Kommunen ihren Bürgern mit der TREA 25 Jahre lang konstante Entsorgungsgebühren.

Das gelang u.a. mit einem raffinierten Finanzierungsmodell. Es ist als Public-Private-Partnership-Modell (PPP) für die finanzielle Not maßgeschneidert, unter der die Mehrheit der deutschen Kommunen leidet. Als Voraussetzung für die Vergabe des Entsorgungsauftrags hatten die Breisgau-Kreise von den Bewerbern nicht nur ein überzeugendes technisches und ökologisches Konzept, sondern auch eine Finanzierung ohne zusätzliche Belastung für Bürger und Kommunen verlangt.

Hartes Stück Arbeit

„Das war ein harter Brocken“, erinnert sich Bernd Hahn, Leiter Betriebswirtschaft im Bereich Abfallbehandlung der SOTEC GmbH, einem Unternehmen der RAG Saarberg AG, Saarbrücken. Die SOTEC GmbH hat 2001 mit rund 400 Mitarbeitern einen Umsatz von 100 Millionen Euro erwirtschaftet. Sie verfügt über 30-jährige Erfahrungen in der thermischen Abfallbehandlung. SOTEC-Spezialist Hahn suchte zunächst einen potenten Partner für die Finanzierung. Fündig wurde er bei der SüdLeasing GmbH (SL) in Mannheim. Die SüdLeasing-Gruppe (www.suedleasing.de) mit Hauptsitz in Stuttgart zählt zu den größten herstellerunabhängigen Leasinggesellschaften Deutschlands und ist eine 100-Prozent-Tochter der Landesbank Baden-Württemberg. Die SüdLeasing, sagt Immobilien-Spezialist Gunther Deuerling, „engagiert sich für die Finanzierung ökologischer Projekte. Nicht zuletzt wegen der TASi-Auflagen entsteht dafür ein großer Bedarf“.

Maßgeschneiderte Finanzierung

Gemeinsam mit den Kommunen wurde ein für alle Seiten vorteilhaftes Konzept entwickelt: Zunächst wurde die MVA TREA Breisgau GmbH & Co. KG (MVA) gegründet. Sie ist die Betreibergesellschaft der Abfallverbrennungsanlage. Hundertprozentige Kommanditistin und Investor ist die SüdLeasing Immobilien GmbH (SLI), deren eigens dafür gegründeten 100-Prozent-Tochter Ilka Grundstücksverwaltungs GmbH als Komplementärin mit Stimmrechtsmehrheit die Geschäftsführung der MVA übertragen wurde. Darlehensgeber für die Finanzierung der geplanten 80 Millionen Euro Investitionskosten sind zu etwa gleichen Teilen die Landesbank Baden-Württemberg und andere öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, darunter auch zwei regionale Sparkassen.

Erbbaurechtsvertrag

Den Entsorgungsvertrag schloss die MVA mit der GAB mbH. Sie ist der Entsorgungsträger - als Kommunale Gesellschaft der beteiligten Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und Ortenaukreis, der Städte Freiburg, Heitersheim und Neuenburg sowie der Gemeinden Eschbach, Hartheim Bad Krozingen, und Ballrechten-Dottingen (www.abfallwirtschaft-breisgau.de). Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald als Eigentümer des Grundstücks für die TREA im Gewerbepark Eschbach vereinbarte mit der MVA einen



Bauarbeiter im neuen Gewerbepark Breisgau: Aus Beton und Bewehrungsstahl entsteht das Fundament der künftigen Abfallentsorgung der Region.

Erbbaurechtsvertrag. Die MVA beauftragte die SOTEC GmbH als Generalübernehmer für die Errichtung und als Betriebsführer der TREA mit einem Geschäftsbesorgungsvertrag.

„Pay as you use“

Die Verträge mit einer Laufzeit von 25 Jahren sichern die Finanzierung der Investition mit günstigen Rückzahlungskonditionen. „Die Raten für Zinsen und Tilgung können aus dem laufenden Betrieb der Müllverbrennungsanlage bezahlt werden“, erklärt SL-Experte Michael Edinger. „Pay as you use“ heißt das im Fachjargon. So bleiben die Kommunen von finanziellen Zusatzbelastungen frei. Nach 25 Jahren kann der Landkreis die Anlage zu festgelegten Konditionen übernehmen oder den Vertrag verlängern. Die Instandhaltung und Modernisierung über die gesamte Vertragslaufzeit obliegt der SOTEC GmbH.

Abfallvermeidung bleibt lohnend

Mit einem besonderen Kniff gelang es den Partnern, langfristig konstante Entsorgungsgebühren zu garantieren, abgesehen von inflationsbedingten Angleichungen. Das gilt selbst dann, wenn sich die Abfallmengen durch ökologische Initiativen in den Kommunen weiter verringern. Denn schon in den vergangenen Jahren ist in den vier beteiligten Kreisen die zu beseitigende Abfallmenge stetig gesunken, während die Verwertungsmengen stiegen. In der Region werden mit 237 Kilogramm pro Einwohner und Jahr mittlerweile mehr Abfälle verwertet als beseitigt (182 Kilogramm). Nur noch bis zu 120.000 Tonnen Restabfall entstehen jährlich in den Haushalten. Bei den Verwertungsquoten von Papier, Pappe, Metallen, Glas, Kunststoffen, Elektronikschrott und anderen Wertstoffen liegt die Region im Bundesdurchschnitt an der Spitze, freut sich Landrat Glaeser.

Weiterer Partner

Damit der Entsorgungspreis künftig nicht als Folge zu geringer Auslastung steigt, wie es in der Vergangenheit häufig bei anderen Abfallverbrennungsanlagen geschah, holte SOTEC als weiteren Partner die SITA Deutschland GmbH ins Boot. Das Entsorgungsunternehmen ist mit zehn Niederlassungen und 18 Betriebsstätten schon in der Schwarzwaldregion und in ganz Süddeutschland aktiv. In der TREA Breisgau übernahm SITA mit einer Auslastungsgarantie die Funktion eines Puffers: Die GAB ist vertraglich nur zur Lieferung von maximal 143.700 bis minimal 76.000 Tonnen Hausmüll pro Jahr verpflichtet. Die Menge, die zum ökonomischen Volllastbetrieb der TREA fehlt, ergänzt SITA mit hausmüllähnlichem Gewer-

beabfall. Dafür profitiert das Unternehmen von dem - im Vergleich zu anderen Verbrennungsanlagen geringen - Entsorgungspreis von knapp 95 Euro pro Tonne Abfall. Diese Regelung befriedigte auch Umweltgruppen am Verhandlungstisch. Bleibt es dadurch doch auch in Zukunft lohnend, Abfälle zu vermeiden.

Zukunftskonzept

Viel Aufwand betrieben die Vertreter von GAB und SOTEC für Öffentlichkeitsarbeit und Information, um den Einwohnern ihr Zukunftskonzept für die Abfallentsorgung zu erklären. In Gesprächen auf Bürgerversammlungen, mit Parteien und Interessengruppen, beim Flugplatzfest im Gewerbepark Breisgau oder beim ersten Spatenstich standen sie immer wieder Rede und Antwort. Der Erfolg: Lediglich sechs Einsprüche von Bürgern gab es, freut sich Michael Höling, bei SOTEC technischer Projektleiter für die Errichtung der TREA. Anderernorts sind bei ähnlichen Projekten Tausende Proteste nicht selten.

Nicht nur die Aussicht auf langfristig konstante Entsorgungsgebühren überzeugte die Bürger. Bernd Hahn zählt zusätzliche Argumente auf: Die Anlage wird die Region nicht ökologisch belasten. Gesetzliche Grenzwerte für Schadstoffbelastungen werden um 50 bis 80 Prozent unterschritten. GAB und Betreiber der TREA haben gemeinsam auch ein Verkehrs- und Logistikkonzept erarbeitet. Abfalltransporte müssen unter Schonung der Ortsdurchfahrten grundsätzlich die Autobahn oder den Gleisanschluss des Gewerbeparks nutzen.

Überzeugende Antworten

Auch die vielen Fragen, was mit der entstehenden Überschussenergie passieren wird, konnten die Vertreter von SOTEC und GAB - Slogan: „Der Rest ist Energie“ - überzeugend beantworten. Die TREA-Breisgau wird mit einer so genannten „Entnahmekondensations-turbine“ ausgestattet, die die Hitze der Abfallverbrennung über Generatoren in Strom wandelt. Jährlich sollen 95.000 Megawattstunden Strom produziert werden, genug für den Bedarf von rund 24.000 Haushalten. Die Turbine kann in Kraft/Wärme-Kopplung auch Fernwärme in Form von rund 90 Grad Celsius warmem Wasser für rund 1.500 Haushalte und zusätzlich gut 83.500 Megawattstunden Strom für etwa 21.000 Haushalte liefern.

Im Gewerbepark bei Freiburg soll im Sommer 2003 der Rohbau der Anlage fertig sein. Dann beginnt die Installation der Verfahrenstechnik für Abfallbehandlung, Energieverwertung und Rauchgasreinigung. Ab 2005 soll die Anlage mit 39 Beschäftigten im Dauerbetrieb laufen.

Fa. Bauer & Mourik Umweltechnik:

Verdienste um Boden- und Flächenschutz

Biologisches Bodenreinigungszentrum in Schrobenhausen eröffnet

Dass Umweltschutz kein Jobkiller ist, sondern oftmals Triebfeder für zukunftsorientierte neue Arbeitsplätze, ist keine rhetorische Floskel politischer Feiertagsreden. Viele Beispiele belegen: Gerade innovative mittelständische Unternehmen finden im technischen Umweltschutz krisensichere Nischen und interessante Herausforderungen.

Ein besonders gelungenes Beispiel bietet die Firma Bauer & Mourik Umwelt-Technik GmbH & Co. (BMU) mit Sitz im oberbayerischen Schrobenhausen. Das 1990 als Tochter der Bauer Spezialtiefbau GmbH und des niederländischen Partners Mourik gegründete Unternehmen hat sich in wenigen Jahren zu einem führenden, bundesweit tätigen Kompetenzzentrum für Bodenschutz und Altlastensanierung entwickelt. Der große Erfolg und die positive Entwicklung der Umweltfirma spiegelt sich im Wachstum der Arbeitsplätze wieder: Unter Leitung seines Geschäftsführers Johann Mesch wuchs der Umweltbereich der Bauer-Gruppe von einer 3-Mann-Abteilung zu einem eigenständigen Unternehmen mit bundesweit 50 Beschäftigten. Mittlerweile verfügt das Unternehmen über Niederlassungen in Hamburg, Frankfurt, Bleicherode (Thüringen) und Roßwein (Sachsen) sowie über Bodenreinigungszentren in Hirschfeld (Sachsen) und Bleicherode. Eines der vorrangigen Unternehmensziele ist nun, so Mesch, das verstärkte Wachstum auf dem europäischen Markt. Hier sehe er insbesondere in der Einführung innovativer Techniken und Dienstleistungen gute Chancen. Immerhin hat das renommierte Umweltechnologieunternehmen gemeinsam mit einer Schweizer Partnerfirma bereits den Auftrag für Wasserbehandlungsarbeiten am St Gotthard-Basistunnel erhalten.

Stammsitz Schrobenhausen

Doch trotz aller bundesweiten Aktivitäten und des europäischen Engagements - Stammsitz und Zentrum des Umweltunternehmens ist und bleibt Schrobenhausen. Wie hätte das die BMU eindrucksvoller und glaubwürdiger unterstreichen können, als mit der Errichtung des neuen

biologischen Bodenreinigungszentrums in der oberbayerischen Stadt und der Zusammenführung des gesamten BMU-Anlagenbaus sowie der technischen Infrastruktur auf dem gleichen Areal. Immerhin handelt es sich dabei um die bislang größte Investition des jungen Unternehmens.

Die hohe Wertschätzung, die sich das innovationsfreudige Un-

ternehmen in den 13 Jahren seines Bestehens erworben hat, wurde bei der Eröffnung des Zentrums augenfällig. Umweltminister Dr. Werner Schnappauf hatte es sich nicht nehmen lassen, vor über 250 geladenen Gästen, darunter auch eine russische Delegation mit dem Umweltminister der Stadt Moskau, Bochin, an der Spitze, die Festrede zu halten. Denn, wie Schnappauf hervorhob, belegten Unternehmen wie Bauer & Mourik Umweltechnik, dass Vertrauen in Innovationskraft, Unternehmensegeist und Umweltverantwortung der Wirtschaft voll und ganz gerechtfertigt seien. Die

Riebel-Firmengruppe beweist hohe Leistungsfähigkeit:

Freude über schwarze Zahlen in allen Bereichen

Mittelständische Firmengruppe weiter auf Erfolgskurs. Baukrise weckt alle Kräfte.

Zu einem besonderen Ereignis geriet die Pressekonferenz der Firmengruppe Riebel. Um den Gästen die Leistungsfähigkeit des schwäbischen Mittelständlers zu demonstrieren, verknüpfte man die Präsentation des neuen Berufsschulzentrums der Landeshauptstadt München mit der Bekanntgabe der aktuellen Wirtschaftsdaten.

Ziel war es, mit der Vorstellung des jüngsten Objektes der Riebel-eigenen Projektentwicklung zu verdeutlichen, warum die Firmengruppe trotz anhaltender Baukrise erfolgreich bleibt: Es ist unser „Mehrwert an Leistung, Fachwissen und Service“, meinte Hans Materna, Geschäftsführer von Riebel München.

Abgerechnet wird „unter dem Strich“

Die Bauleistung der Firmengruppe ging zwar im abgelaufenen Geschäftsjahr 2002/2003 wegen fallender Preise von 185,4 Mill. Euro auf 170,9 Mill. Euro zurück. „Gott sei Dank“ sei es so gekommen, sagt Friedrich Riebel, Gesellschafter der Holding, „denn wir müssen mit Erfolg arbeiten, nicht Masse produzieren.“ Deshalb habe die Firma versucht, sich nicht auf zu risi-

koische Aufgaben einzulassen. Letztendlich zähle nur, „was unter Strich rauskommt“.

Grenzenlose Flexibilität

Und das könne sich sehen lassen, wie der Geschäftsführer der

Riebel Firmen, Thomas Aulinger in seinem Rückblick feststellte: „Wir haben im vergangenen Geschäftsjahr positiv gearbeitet und alle Ziele erreicht.“ Grundlage hierfür sei auch die im März 2001 erfolgte Umstrukturierung der Firmengruppe gewesen, die - im Gegensatz zu vielen deutschen mittelständischen Betrieben - einen Generationenwechsel in den operativen Bereichen brachte und so die Firmen neu belebte. Dies habe zu Vorteilen im harten Wettbewerb geführt.

So nehme in allen Bereichen die spartenübergreifende Zusammenarbeit stetig zu. Komplettlösungen mit dem Gleisbau, Aufbereitung und Recycling und Straßen- und Tiefbau oder Hochbau böten auch den Auftraggebern zahlreiche Vorteile: „Nur ein Ansprechpartner, eine Terminkoordination und nahezu grenzenlose Flexibilität, weil der Auftrag unter einem Dach steht“, betonte Aulinger.

Substanzverbesserungen

Im vergangenen Jahr konnte der Straßen- und Tiefbau trotz leichter Umsatzeinbußen noch Erträge erwirtschaften und die Substanz in wichtigen Bereichen sogar weiter ausbauen. So investierten die Mindelheimer trotz angespannter Lage weiter in ihren modernen Maschinen- und Gerätepark und in die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter. Und: „Um an gute Aufträge zu gelangen, sind wir auch bereit, weite Strecken zu fahren. Dies gilt für alle Bereiche“, meinte Aulinger und nannte als Beispiele die Orte Bad Tölz, Ingolstadt und Frankfurt.

Aufgaben Boden- und Flächenschutz, Entsorgung und Recycling könnten nur in gemeinsamer Anstrengung aller Beteiligten bewältigt werden. Dabei sei die Entsorgungswirtschaft wichtigster Partner von Staat und Bürgern.

Zentrale umweltpolitische Anliegen

Das Schrobenhausener Bodenreinigungszentrum verbindet nach den Worten des Ministers zwei zentrale umweltpolitische Anliegen unserer Zeit: den Schutz des Bodens als wichtigster natürlicher Ressource und den Schutz der Flächen vor Verbrauch durch Überbauung. Die Eindämmung des Flächenverbrauchs gehöre heute zu den dringendsten und zugleich schwierigsten Aufgaben des Umweltschutzes. Wegen der positiven wirtschaftlichen Entwicklung und seiner Bevölkerungszunahme sei gerade in Bayern in den letzten Jahren ein

weit überdurchschnittlicher Flächenverbrauch zu verzeichnen. Bayern starte daher eine Initiative zur Verringerung des Flächenverbrauchs. Ziel sei, wie es nun auch das Landesentwicklungsprogramm vorsehe, die vorrangige Nutzung innerörtlicher Flächen und das Recycling vorgenzutet, brach liegender Flächen. Schnappauf forderte: „Flächenrecycling muss zentraler Bestandteil einer offensiven wirtschaftlichen, ökologischen und städtebaulichen Erneuerungsstrategie werden.“ Er zolle daher der Firma Bauer & Mourik besonderen Dank und Anerkennung, dass sie ihr neues Bodenreinigungszentrum auf revitalisierten Brachflächen errichtet und die Produktionshallen eines Baustoffherstellers übernommen habe.

In seinen weiteren Ausführungen machte Schnappauf deutlich, dass ein erfolgreiches Flächenrecycling besondere Anstrengungen bei der Bewältigung der Altlastenproblematik

wird dieses Jahr fortgesetzt mit zunächst zwei hochwertigen Wohnanlagen, in der Geigenberger Straße in München-Solln und in der Fürstenrieder Allee. Weitere Grundstücke für den Geschosswohnungsbau und für Reihen- und Doppelhäuser mit etwa 175 Wohneinheiten in der Landeshauptstadt und Umgebung sind in Vorbereitung.

Beruhigendes Auftragspolster

Insgesamt kann die Riebel Firmengruppe auf ein beruhigendes Auftragspolster von etwa 60 Mill. Euro blicken, die Liquidität ist überdurchschnittlich hoch. Für eine erfolgreiche Zukunft will Aulinger mit neuen Ideen und großen Anstrengungen den Markt- und Kundenanforderungen weiter voraussehen. Dabei bekennt er sich ausdrücklich zum langfristigen Erhalt der Arbeitsplätze: „Wer sich anstrengt und mitmacht, hat bei uns ein gutes Zuhause“.

Highlight Berufsschulzentrum

Hans Materna, Geschäftsführer der Xaver Riebel Bau München demonstrierte eindrucksvoll den eingangs erwähnten „Mehrwert an Riebel-Leistungen“ am Beispiel des Projektes Berufsschulzentrum Balanstraße: In nur sieben Monaten Bauzeit verwandelten die Münchner ein hässliches, graues Büro- und Fertigungsgebäude in ein freundliches Berufsschulzentrum, das im neuen Schuljahr auf 11.000 qm Raum für etwa 1.500 Schüler bietet.

Obwohl im Anforderungskatalog der künftigen Mieterin, der Stadt München, keine besonderen Ansprüche an die Gestaltung genannt wurden, engagierten die Riebel Projektentwickler den Berliner Farbkünstler Karsten Wittke für eine harmonische innere und äußere Farbgebung der Schule. „Wir waren uns einig, den tristen Kasten so umzugestalten, dass die Schüler nicht gleich am Schultor in miese Stimmung versetzt werden“, so Materna. Heute erstrahlt das Gebäude, das nicht mehr wieder zu erkennen ist, in freundlichen Gelb-, Orange- und Rottönen.

Die künftige Schulleitung und das Schullehreramt waren sich einig: Der Riebelsche Firmenslogan „Bauen für besseres Leben“ müsste eigentlich „Bauen für besseres Lernen“ heißen. Die Münchner Bürgermeisterin Dr. Gertraud Burkert bedankte sich begeistert für die zuverlässige Partnerschaft. Man überlege, ob man die Schule langfristig in dem eigentlich als Übergangslösung gedachte Gebäude belasse.

Überdurchschnittliche Liquidität

Im Hoch-, Ingenieur- und Brückenbau verzeichnete die Firmengruppe entgegen dem marktüblichen Trend einen konstanten Umsatz mit positiven Erträgen und einer überdurchschnittlichen Liquidität. Hier stimme die Qualität für Bauwerk und Abwicklung.

Die Produktion und der Verkauf von Baustoffen, mit Aufbereitung und Recycling - ein



Friedrich Riebel und Thomas Aulinger sind sich einig: Die Riebel-Firmengruppe ist auf dem richtigen Weg. <

wichtiges Standbein in der Firmengruppe - habe sich laut Aulinger mit guten Ideen und hoher Flexibilität ebenfalls gut im Wettbewerb behauptet. Neue Produkte und Verfahren und die gute Zusammenarbeit mit Partnern und Riebelfirmen verhalfen auch diesem Bereich zu ordentlichen Ergebnissen.

Eigene Lokomotive

Nach guten Ergebnissen im vergangenen Geschäftsjahr und positiven Prognosen für die laufende Bausaison hat sich der Riebel Gleisbau eine eigene, 2000 PS starke Lokomotive gekauft. Diese wird im Bereich der Baustellenlogistik dem Unternehmen zu wichtigen Wettbewerbsvorteilen verhelfen und zusammen mit der hoch motivierten Mannschaft auch in Zukunft dafür sorgen, dass der Riebel Gleisbau auf erfolgreichen Schienen fährt.

Die Münchner Bau-träger-tochter Riebel Bavaria konnte trotz schwieriger Verhältnisse auf dem Münchner Wohnungsmarkt im abgelaufenen Geschäftsjahr 90 Wohneinheiten fertig stellen und vermarkten. Dieser Erfolg

erfordere. So seien in Bayern bisher rund 14.000 alt-lastenverdächtige Flächen registriert. Zudem habe man in Bayern 372 Verdachtsstandorte für Rüstungsaltslasten aus den beiden Weltkriegen identifiziert. Es sei das ehrgeizige Ziel bayerischer Umweltpolitik, bis 2020 bei allen erfassten Flächen den Altlastenverdacht abschließend zu klären. Der Umweltminister rechnet dabei mit einem Kostenaufwand von rund 3,5 Mrd. Euro, der in erster Linie zwar von den Verursachern zu tragen sei; allerdings stoße dieses Prinzip an Grenzen, wenn Verpflichtete nicht mehr greifbar oder zahlungsunfähig seien.

Ein großer Markt

Für Unternehmen wie der Firma Bauer & Mourik eröffnet sich hier nach Einschätzung des Ministers ein großer Markt. Denn Sanierung und Recycling von Flächen sei eine positive, gestalterische Zukunftsaufgabe von hoher ökologischer wie ökonomischer Bedeutung. Die BMU habe dies früh erkannt, die wirtschaftliche Herausforderung angenommen und die Chance voll genutzt. **DK**

Dicke Luft in Innenräumen

Bautechnische Optimierungsmaßnahmen hinsichtlich Wärmeschutz und Energieeinsparung entlasten Umwelt und Betriebskosten von Gebäuden, minimieren aber im gleichen Zuge den natürlichen Luftaustausch. Schadstoffe und Feuchte, die sich in Innenräumen sammeln, werden nur noch ungenügend abtransportiert und führen zu gesundheitlichen Beschwerden und Geruchsproblemen.

Wer ist betroffen?

Schadstoffe wie z.B. PCB, Lindan, Pyrethroide, Formaldehyd, Asbest oder Schimmel- und Hefepilzsporen können in Häusern auftreten. Gerade im öffentlichen Bereich sollte aber die belastungsfreie Nutzung von Gebäuden garantiert werden können.

Wer unterstützt Sie?

Als DAR-akkreditiertes Prüflabor unterstützen wir Sie in allen Fragen der Schadstoffbeurteilung und -analytik, der Gestaltung von Abhilfemaßnahmen, der Sanierungsplanung sowie der Erfolgskontrolle und Freigabe.

Damit Sie wieder frei durchatmen können!

TÜV Süddeutschland Bau und Betrieb GmbH
Prüflaboratorium für Asbest und Schadstoffe in Innenräumen
Westendstrasse 199 - 80686 München
Tel: 089/5791-1050 - Fax: 089/5791-2227
e-mail: edmund.krause@tuev-sued.de



Cleanaway Deutschland:

Recycling muss Vorrang haben

Politik in der Verantwortung für die Kreislaufwirtschaft

Rostock - Der beispiellose Erfolg von PET als Verpackungsmaterial stellt eine Herausforderung für die Recyclingwirtschaft dar. Denn die herkömmlichen Absatzmärkte stoßen nicht nur an ihre Kapazitätsgrenzen, sondern erfüllen auch nicht den Anspruch an eine zeitgemäße Kreislaufwirtschaft. Das Recyclingprodukt entspricht vielfach noch nicht den Qualitätsanforderungen, die die Verpackungs- und Nahrungsmittelindustrie an Neuware stellt. Wirtschaft und Politik sind daher aufgefordert zu handeln, denn die technologischen Voraussetzungen für ein hochwertiges Qualitätsrecycling existieren bereits.

Recycling geht neue Wege. Für die hochwertigen Getränke- und Lebensmittelverpackungen werden weiterhin Primärrohstoffe verwendet - sprich Erdöl. „Von einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft kann da nicht die Rede sein“, so umreißt Dr. Rolf Haferkamp, Chief Operations Officer der Cleanaway Deutschland AG & Co. KG, das Problem. „Genau das aber sollte das Ziel von Politik und Wirtschaft sein.“

Cleanaway setzt daher auf einen neuen Weg im PET-Recycling, der den Anspruch einer echten Kreislaufwirtschaft erfüllt: das Bottle-to-Bottle-Verfahren. Dahinter steht der Gedanke, dass aus Nahrungsmittelverpackungen wieder Nahrungsmittelverpackungen werden können. Die technischen Voraussetzungen sind gegeben: Das patentierte URRC-Verfahren, das Cleanaway in den bei-

den Recycling-Anlagen in Rostock und im schweizerischen Frauenfeld einsetzt, erzeugt PET-Flakes, die für den direkten Kontakt mit Nahrungsmitteln zugelassen sind.

Dieses hochwertige Recycling stellt allerdings hohe Anforderungen an das gesammelte Material. Die Sortenreinheit des Materials ist unerlässlich - das gilt im Übrigen nicht nur für PET.

Sortierung und Recycling

„Sortierung und Recycling gehören immer zusammen“, so Max-Arnold Kötting, Vorstandsvorsitzender von Cleanaway Deutschland. „Die Qualität des Recycling entscheidet sich immer schon bei der Wahl des Sammelungs- und Sortierungssystems.“ Daher ist es wichtig, dass in Deutschland bald ein flächendeckendes System für

die Rücknahme der Einwegpfandverpackungen aufgebaut wird. „Eine hohe Rücklaufquote und eine sortenreine Sammlung im Handel können sich positiv auswirken“, sagt Kötting. „Allerdings muss klar geregelt sein, dass die Mengen einem hochwertigen Recycling zugeführt werden, so wie es beim DSD der Fall ist.“ Es ist nicht im Sinne der Kreislaufwirtschaft, ein gut funktionierendes System wie das des Grünen Punkts durch ein System zu er-

setzen, das nicht mindestens genau so gute Ergebnisse erzielt. Recycling braucht Rückendeckung. Darüber hinaus empfiehlt Cleanaway, dass in der Produktion mindestens 25 bis 50 Prozent Sekundärrohstoffe eingesetzt werden, sobald dies technisch möglich ist. Bei PET-Verpackungen zum Beispiel kann eine solche Quote technisch bereits erfüllt werden.

Auch bei der Produktverantwortung der Hersteller ist der Gesetzgeber gefordert. Gerade im PET-Bereich werden nach wie vor Verpackungen hergestellt, die nicht recyclingfähig sind. Im Sinne der Kreislaufwirtschaft ist dieser Zustand nicht haltbar, der Gesetzgeber deshalb zum Handeln verpflichtet. Im Grundsatz gilt: Technische Probleme des Recyclings sind lösbar, wenn durch Politik und Wirtschaft ökonomische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Einsatz von Sekundärrohstoffen sinnvoll machen. Gerade der explo-

sionsartige Boom des PET verdeutlicht, dass die Recyclingwirtschaft schnell reagieren kann. Um ein qualitativ hochwertiges Recycling zu sichern, benötigt sie aber Rücken- deckung aus der Politik. Cleanaway Deutschland betreut mehr als 90.000 Kunden auf dem Gebiet der Entsorgung und Rohstoffverwertung. Mit insgesamt 4.200 Mitarbeitern und einem Umsatz von mehr als 530 Millionen Euro gehört die Cleanaway-Gruppe zu den drei größten Unternehmen in diesem Segment.

Kundenkreis

Zum Kundenkreis gehören Kommunen, Industrieunternehmen, Gewerbe, Handel, Behörden und Privatkunden sowie das Duale System Deutschland DSD. Cleanaway Deutschland gehört zum internationalen Cleanaway-Verbund mit weltweit 12.000 Mitarbeitern und einem Gesamtumsatz von 984 Millionen Britischen Pfund (ca. 1,38 Milliarden Euro). Dieser ist ein Tochterunternehmen des Brambles-Konzerns. Das in Sydney und London an der Börse notierte Unternehmen bietet in über 40 Ländern industriennahe Dienstleistungen an. Weltweit beschäftigt Brambles 31.000 Mitarbeiter und erwirtschaftet einen Gesamtumsatz von 2,9 Milliarden Britischen Pfund (ca. 4 Milliarden Euro).

Hauptsäulen

Hauptsäulen des 1875 im australischen Newcastle gegründeten Unternehmens sind neben Cleanaway der Logistik-Dienstleister CHEP mit Hauptsitz in Orlando, Florida, und einer Niederlassung in Köln, sowie die Recall-Gruppe, ein ebenfalls weltweit operierendes Unternehmen, das umfassende Lösungen für Informations-Management anbietet. Recall hat sein Hauptquartier in Atlanta, Georgia, und operiert in Deutschland von Hamburg aus.

Kontakt: PublicNews Agentur für Public Relations GmbH Tel.: 040 / 35603-139 Stefan Dietrich Fax: 040 / 35603-438 ABC-Straße 4-8 E-Mail: Dietrich@publicnews.de 20354 Hamburg www.publicnews.de

„Leitlinie Ökologie“:

Umfassende Information für Münchner Bürger

Daten und Fakten in puncto Abfall

Einen weiteren wichtigen Baustein für die Stadtentwicklungskonzeption Perspektive München stellt die „Leitlinie Ökologie“ dar. Diese vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung zusammen mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt entwickelte Handreichung fasst für Boden, Wasser, Luft, Flora und Fauna, Lärm, Energie und Abfall erstmals alle Daten und Fakten übergreifend zusammen. Der Zustand und die Entwicklungstendenzen der Münchner Umwelt werden beschrieben sowie Ziele, Strategien und Maßnahmen für ein verantwortungsvolles Handeln formuliert.

Allen in der „Leitlinie Ökologie“ angesprochenen Umweltthemen ist eines gemeinsam: Sie wirken sich ohne Ausnahme unmittelbar auf das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Menschen in München aus. Sie gehen also jeden Einzelnen etwas an.

Hauptziele

„Das Gute, dieser Satz steht fest, ist stets das Böse, das man lässt.“ Frei nach diesem Motto von Wilhelm Busch ist die Abfallvermeidung oberstes Ziel des Münchner Abfallwirtschaftskonzeptes. Damit die Abfallwirtschaft auch im ökologischen Sinn optimal funktioniert, sind im neuen Münchner Abfallwirtschaftskonzept von 1999

folgende Hauptziele formuliert:

- ◊ Minimierung von Energie- und Rohstoffverbrauch in den Entsorgungsanlagen
- ◊ Geringstmögliche Emissionen durch hohe Umweltstandards
- ◊ Minimierung der Transportwege.

Abfallvermeidung und -verwertung lauten die Hauptziele des Münchner Abfallwirtschaftskonzeptes. Wo heute schon gehandelt werden kann, geht die Stadt München mit gutem Beispiel voran. Im Beschaffungswesen spielt beim Erwerb von Möbeln, IT-Geräten (Computer, Kopierer, etc.), Kraftfahrzeugen, etc. die Umweltfreundlichkeit eine wichtige Rolle. Und natürlich unterliegen Veran- staltungen auf städtischem



Landrat Gebhard Kaiser fordert eine solidere und einfache Steuerpolitik, die Geldanlagen in kommunalen Fonds mindestens genau so lukrativ macht wie bei Schiffs- oder Filmfonds.

„Kommunalfonds für Investoren wieder interessant machen“

Müllheizkraftwerk in Kempten: Gebhard Kaiser's Erfolgsfinanzierung wäre heute nicht mehr möglich

Oberallgäu. Gerne blickt Oberallgäus Landrat Gebhard Kaiser sieben Jahre zurück. Damals hat er mit einem aufsehenerregenden Finanzierungsmodell sein richtungweisendes Müllheizkraftwerk in Kempten voll über Kommunalfonds finanziert. Rückblickend hat sich dieses Finanzierungsmodell für alle Beteiligten gelohnt.

30 Prozent degressive Abschreibung, ordentliche Rendite und die Sicherheit des kommunalen Trägers haben damals mehr als 500 Anleger überzeugt, jeweils 100.000 DM in ein zu dieser Zeit ziemlich umstrittenes Müllheizkraftwerk zu investieren.

Investition nicht bereut

Geschäftsführer Dieter Weiß von der Münchner KGAL (Kommanditgesellschaft Allgemeine Leasing), der gemeinsam mit der Dresdner Bank die Müllheizkraftwerkanteile an den Mann gebracht hat, ist zufrieden, dass all seine damaligen Kunden die Investition in „Kaisers Müllverwertung“ nicht bereut haben.

Ungünstige Bedingungen

Auch Karl-Heinz Lummer und Johannes Rödder von der Führungsscrew der betreibenden „ZAK-GmbH“ können sich auch heute noch keine bessere Finanzierung ihres Müllheizers vorstellen. Sie sind mit ihrem Landrat sicher, dass ohne die damals neue Finanzierung der Müllöfen wahrscheinlich heute noch nicht arbeiten würde.

Beide glauben, dass unter der derzeit herrschenden Steuer- und Abschreibungssituation heute kein einziger Investor für ein solches Projekt gefunden werden kann. „Schließlich gibt es heute lukrative, staatlich geförderte Fonds für Windkraftan-

lagen, Schiffsbau und Filme, obwohl die Schiffe meist im Ausland gebaut und die Filme in Hollywood gedreht werden.“

„Perversion des USA-Rückleasings“

Laut Kaiser darf es einfach nicht sein, „dass Deutsche ihr Geld in ausländische Fonds oder Projekte, die dort Wertschöpfung haben und die Arbeitsplätze schaffen, die bei uns gefährdet sind, anlegen.“ Auch die „Perversion des Rückleasings aus den USA“ kann nach Ansicht des markanten Allgäuers nicht im Sinne der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft sein. Dies, auch wenn so Großprojekte wie zum Beispiel das Ulmer Müllheizwerk finanziert und deutsche Anleger über Umwege Steuervorteile in den USA bekommen haben.

Stabilität und Vertrauen

Deshalb fordert der kreative Landrat die Steuermacher auf, wieder vernünftige Voraussetzungen für Kommunalfonds zu schaffen. „Bei einer Rendite von 9 Prozent mit Kommunalverbürgung ohne großes Ausfallrisiko lassen die Leute ihr Geld im Land oder holen es wieder rein. Allerdings will der Anleger auch wieder eine gewisse Stabilität und Vertrauen in die Steuergesetzgebung haben. Steuerliche Zusagen müssen eingehalten werden und langfristig sein.“ **Wilfried Gehr**

Grund nach wie vor dem Mehrweggebot bei den Verpackungen und bei der Verwendung von Geschirr. Abfallvermeidung ist Sache der Hersteller, Händler und Verbraucher. Deshalb ist hier eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sinnvoll und zielführend.

Information und Motivation

Information und Motivation lauten die beiden wichtigsten Instrumente. Interessante Veranstaltungen, Werbung für verantwortungsbewusstes Konsumverhalten und animierende Informationsbroschüren können nach und nach das Verbraucherverhalten beeinflussen. Dabei ist überall ein grundsätzlich positiver und kooperativer Ansatz angestrebt, weil ein erhobener Zeigefinger in der Regel als Motivationshilfe nicht taugt.

Eine global formulierte Idee ist immer nur so gut wie ihre Umsetzung in der Länderpolitik. Und was landesweit als ökologisches Ziel vorgegeben

wird, hat nur eine Chance, wenn es auch die Menschen erreicht. Folgerichtig wurde die Bedeutung lokaler Agenda 21-Prozesse erkannt und die Zahl entsprechender Einrichtungen in den Städten wächst bundesweit.

Stiftung gegründet

In München hat die lokale Agenda 21 in vier Fachforen mit verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen rund 50 Projekte entwickelt. Einige davon wurden federführend durch die städtischen Referate getragen (z.B. Ökoprotif, Leitfaden Niedrigenergiebauweise, Reparaturführer), andere sind eigenständig und werden durch unterschiedlichste Münchner Akteure betreut. Die Kooperation zwischen öffentlicher Hand und privaten Initiatoren ist aber in den meisten Fällen erwünscht und sinnvoll. Aus diesem Grund wurde eine Stiftung gegründet, die auch eine Ko-Finanzierung von Stadt und Sponsoren möglich macht. **DK**

Gericht schützt „Grünen Punkt“ vor Konkurrenz

Kassel. Ohne eine Ausnahmegenehmigung durch das Land dürfen Kommunen dem „Grünen Punkt“ keine Konkurrenz machen. Das hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel entschieden.

Das Gericht verwarf damit ein Abfallkonzept des mittelhessischen Lahn-Dill-Kreises, ließ allerdings die Revision zum Bundesverwaltungsgericht in Berlin zu (Az: 6 UE 3127/01). Der Lahn-Dill-Kreis hatte sich an einem neuen Entsorgungskonzept nach dem so genannten Trockenstabilat-Verfahren beteiligt.

Neben Papier werden dabei nur große Kunststoffabfälle getrennt gesammelt. Der restliche Verpackungsmüll wandert in die normale Tonne. In einer speziellen Anlage werden Glas, Metalle und Batterien aussortiert. Der restliche Müll wird getrocknet und zu Brennstoff-Briketts gepresst, deren Brennwert in etwa dem der Braunkohle entsprechen soll. Befürworter dieses Systems halten dies für wirtschaftlicher und zu-

mindest nicht weniger umweltfreundlich. Dagegen klagte die DSD. Mit Erfolg: Der Kreis verstoße gegen das bundesrechtliche Entsorgungskonzept für Verkaufsverpackungen, urteilte der VGH. Als landesweit zugelassenes System habe die DSD einen „Abwehrensanspruch gegen die rechtswidrige Beeinträchtigung durch den Landkreis“. Auch Kartellrecht zwingt die DSD nicht, ungenehmigte Konkurrenz zu dulden. Denn schließlich sei es das von ihr getragene Entsorgungssystem, das überhaupt erst das Monopol der öffentlich-rechtlichen Müllentsorger durchbreche. Folgt auch das Bundesverwaltungsgericht diesem Urteil, würde dies wohl das Aus für das Trockenstabilat-Verfahren bedeuten. **KK/afp**

GZ-Interview mit ESB-Geschäftsführer Werner Bähre:

„Wir sind rund um die Uhr für die Kommunen da“

Als erfahrener Erdgasdienstleister genießt die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) bei den Kommunen in ihrem Verbreitungsgebiet einen hervorragenden Ruf. Inzwischen wird das Unternehmen vermehrt aufgefordert, Wasserbetriebsführungen zu übernehmen. Mühldorf und Burghausen sind jüngste Beispiele. Mit ESB-Geschäftsführer Werner Bähre sprach darüber GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel.

GZ: Die ESB übernimmt in Mühldorf und Burghausen die Wasserbetriebsführungen. Haben diese beiden Städte keine Sorge vor der Privatisierung? Viele Kommunalpolitiker sind in diesem Punkt sehr sensibel und fürchten, dass ihnen alles aus der Hand genommen wird, für die Bürger die Kosten steigen und die Qualität des Wasser leiden könnte.

Bähre: Mühldorf und Burghausen haben nicht privatisiert. Die Erdgas Südbayern tritt in beiden Kommunen - wie in fünf anderen seit Mitte der neunziger Jahre auch - als Dienstleister auf. Wir haben uns per Vertrag verpflichtet, in Mühldorf im technischen Bereich und in Burghausen im technischen und im kaufmännischen Bereich die Betriebsführung zu übernehmen. Das geht von der Verlegung der Rohrleitungen bis hin zur Abrechnung. Was wir nicht übernommen haben, ist Eigentum. Das heißt die Kommunen bleiben weiterhin im Besitz ihrer Anlagen. Sie stehen damit auch in der politischen Verantwortung. Sie entscheiden auch über den Wasserpreis.

GZ: Über den Wasserpreis bestimmt nicht die ESB, sondern die Kommune. Wie wird dieser Preis entwickelt?

Bähre: Die Kommunen sind angehalten, kostendeckende Wasserpreise zu verlangen. Aber sie machen damit keinen Gewinn. Mit dem, was wir den Kommunen bieten können, sorgen wir zumindest für Preiskonstanz, in manchen Fällen ergeben sich sogar Spielräume für Kostensenkungen.

GZ: Wie können solche Kostensenkungen entstehen?

Bähre: Das, was wir einbringen können in eine solche Partnerschaft Betriebsführung, sind Synergieeffekte, die sich aus den sehr artverwandten Sparten Gas und Wasser ergeben, sei es in der Rohrverlegung, sei es in der Qualifikation unserer Mitarbeiter, sei es im grundsätzlichen technischen Miteinander.

Kostenvorteile zum Nutzen der Kommunen ergeben sich auch weil wir verantwortlich zeichnen für mehrere Wasserversorgungen. Wir bilden mit mehreren kleinen und mittleren

Einheiten größere und erreichen so wesentlich günstigere Konditionen.

GZ: Zum Beispiel durch gemeinsame Beschaffung.

Bähre: Vielleicht eine Größenordnung: Die ESB investiert jährlich um die 25 Millionen Euro in Rohrleitungsbau. Entsprechend groß sind unsere Auftragsvolumina bei den entsprechenden Baufirmen. Aus diesem Kontingent können auch Aufträge kommunaler Art geschöpft werden.

GZ: Wer entscheidet über die Auftragsvergabe, wenn Sie so günstige Konditionen bekommen, die Kommunen aber vielleicht örtliche Anbie-

ter berücksichtigen wollen?

Bähre: Auch da sind wir überein, weil in dem flächendeckenden Gebilde ESB das Örtlichkeitsprinzip auch bei der Auftragsvergabe gilt. Wenn vor Ort potente Auftragnehmer sind, werden sie natürlich berücksichtigt.

GZ: Gibt es noch weitere Vorteile, die sich aus der Zusammenarbeit mit der ESB ergeben?

Bähre: Eine Wasserversorgung ist angehalten - ob groß oder klein - und wir haben in Bayern 2 1/2 tausend kleine bis mittlere Wasserversorgungseinheiten - entsprechende Infrastrukturen, wie Bereitschaftsdienst und entsprechende Meldestellen vorzuhalten. Die ESB

hat auf der Erdgasseite ein flächendeckendes Netz dieser Infrastrukturen. Insofern ist ein Einfaches, die Wasserversorgung mit einzubeziehen, was wiederum eine Kosteneffizienz bedeutet.

GZ: Sie organisieren einen Bereitschaftsdienst, der am Wochenende und nach Feierabend für mehrere Wasserversorgungen gemeinsam zuständig ist.

Bähre: Ja. Wir haben sehr viel Erfahrung bei der Gasversorgung mit unserem Rund-um-die-Uhr-Bereitschaftsdienst. Den können wir für die Wasserversorgungen, für die wir zuständig sind, mit nutzen. Es kommt ein Anruf, da funktioniert was nicht. Oftmals können unsere Fachleute schon telefonisch helfen. Wenn das nicht ausreicht, gibt es Einsatztruppen, die die Schadensstelle aufsuchen.

GZ: Die Kommunen haben bei der Wasserversorgung eigenes Personal. Was passiert mit den Mitarbeitern, wenn die ESB die Betriebsführung für die Kommunen übernimmt?

Bähre: Das Personal bleibt bei den jeweiligen Kommunen. Im konkreten Fall sind die Städte Burghausen und Mühldorf de jure Arbeitgeber. Das Personal steht uns zur Verfügung, wir haben die Einsatzverantwortung und

sind weisungsbefugt.

GZ: Wie ist es mit der Fortbildung?

Bähre: Das steht in unserem Benehmen. Es ist ein großer Vorteil für die Mitarbeiter, dass wir ihnen neue Türen öffnen. Nur ein größeres Unternehmen wie die ESB kann solche Chancen bieten. Spezialisierung, höhere Qualifizierung, möglicherweise auch eine Öffnung hinsichtlich Gaskompetenz. Auch beim Personal gibt es Synergieeffekte, wenn die gleichen Mitarbeiter Gas- und Wasser erledigen. Zum Beispiel können die Hausanschlüsse für Gas und Wasser gemeinsam von der gleichen Kolonne erstellt werden.

GZ: Wie sieht es mit dem sog. „Stand der Technik“ aus? Bekommen die Kommunen Garantien dafür, dass ihr Netz immer dem neuesten technischen Standard entspricht?

Bähre: Es gibt zwei Vorschriften neueren Datums, die die Kommunen dazu bewegen werden, sich etwas einfallen zu lassen hinsichtlich der Verbesserung der Qualifikation ihrer Mitarbeiter und auch der Ausrüstung ihrer Organisation. Stichwort „GW 200“, einer Bereitschaftsdienststrichlinie. Innerhalb kürzester Zeit - 30 Minuten - muss Ersthilfe geleistet werden, ob beim Gas, oder beim Wasser. Das heißt jede Kommune muss organisatorische Vorkehrungen treffen, um dieses zu realisieren. Die ESB kann das natürlich. Das zweite ist die „W 1000“, die Qualifikationen für Mitarbeiter im Wasserbereich festlegt. Sie sieht vor, dass eine Gemeinde mit einer Wasserge-

winnung mit über eine Million Kubikmeter pro Jahr als Verantwortlichen einen Ingenieur vorzuhalten hat. Heute ist in vielen Fällen noch ein Meister damit betraut - und in kleineren Gemeinden noch nicht einmal ein Meister, sondern ein Fachkundiger. Dies ist nicht mehr zulässig. Spätestens bei der Neuausschreibung der Position muss die Höherqualifikation realisiert werden. Wir haben natürlich dieses hochqualifizierte Personal.

GZ: Welche Aufgaben übernimmt die ESB konkret in Burghausen und Mühldorf am Inn?

Bähre: In beiden Fällen übernehmen wir den kompletten technischen Bereich: Die technische Betriebsführung, Gewinnung, Aufbereitung, Speicherung, Förderung und Verteilung, den Bereitschaftsdienst nach DVGW-GW 200, KKS-Maßnahmen, Planungsleistungen wie Konzepterstellung, Leitungs- und Anlagenoptimierung, Ausschreibungen für Versorgungsleitungen und Hausanschlüsse, Erstellung der Jahres-LV und Bauüberwachung. Wir sind verantwortlich für die Leitungsdokumentation, für Fernwirktechnik, E-Technik und Telekommunikation, für technisches Sicherheitsmanagement (TSM-W 1000), für die Gestaltung des Baustellen- und SiGe-Koordinators, für die Gestaltung des Sicherheitsingenieurs, für Zähler austausch, Schieber- und Hydrantenkontrolle und die Lecksuche. Auch die Bewertung von Ergebnissen aus wasserchemischen und mikrobiologischen Untersuchungen obliegt uns.

Dazu kommt bei Burghausen noch der kaufmännische Bereich; das heißt wir sind auch zuständig für die kaufmännische Betriebsführung, die Verbrauchsabrechnung und die Zählerablesungen. Auch die Aus- und Weiterbildung, sowie die Mitarbeiterschulungen werden von uns organisiert.

GZ: Gibt es Ihrerseits Interesse, die Abwasserentsorgung mit anzubieten?

Bähre: Grundsätzlich ja, aber hier muss man sich sehr genau den Einzelfall ansehen. Beim Wasser haben wir sicherlich die schnelleren Synergieeffekte.

GZ: Aying, Emmering, Erding, Schierling und Türkenfeld sind bereits Ihre Kunden. Jetzt kommen die beiden neuen hinzu.

Bähre: Es ist ein gewisser Quantensprung. Weil es sich um zwei relativ große Wasserversorgungen handelt, verdoppeln wir in etwa die Leitungskilometer, die Anzahl der Kunden und die Wasserabgabe. Das von uns betreute Netz ist jetzt insgesamt 492 Kilometer lang, die Anzahl der Hausanschlüsse beträgt derzeit 19.270 und die geförderte Wassermenge war im Jahr 2002 6,468 Mio. Kubikmeter.

GZ: Gab es spezielle Probleme? Warum haben sich die Kommunen an Sie gewandt?

Bähre: Wir sind seit Mitte 1995 mit unserem Angebot auf dem Markt und haben es in letzter Zeit intensiviert und erneuert. Es gibt immer wieder Bedarf. Mitarbeiter scheiden aus, in den Rathäusern wird umstrukturiert; dann sind wir im Gespräch. Es hat sich aber rein zufällig beides im Monat Juli ergeben.

GZ: Gibt es weitere kommunale Kunden, die eine Zusammenarbeit mit Ihrem Haus anstreben?

Bähre: Ja. Es sieht so aus, als gäbe es demnächst neue Abschlüsse zu vermelden.

GZ: Die GZ wird am Ball bleiben und über die Erfahrungen der Kommunen mit der ESB berichten. Herzlichen Dank für das Gespräch.

acqua alta vom 24. bis 27. November in München:

Mit dem Klimawandel umgehen lernen

Die acqua alta, erste internationale Fachmesse mit angeschlossenen Kongress für Hochwasserschutz und Katastrophenmanagement, Klima und Flussbau von 24. bis 27. November 2003 in München thematisiert die Problematik.

Im zweiten Sommer nacheinander leidet Europa unter extremen Wetterlagen: Traten im vergangenen Jahr Donau, Elbe und viele Nebenflüsse über die Ufer und überfluteten ganze Landstriche, sinken die Pegel in diesem Jahr durch die anhaltende Dürre auf historische Tiefstände. Das Elbewasser hat in Dresden einen Stand von 72 cm erreicht - der normale Pegelstand liegt bei 2,40 m.

Mehr extreme Wetterlagen

Die anhaltende Hitze erwärmt Flüsse und Seen, Fische sterben massenweise. Atom- und Kohlekraftwerke, die das Flusswasser zum Kühlen nutzen, müssen wegen der hohen Wassertemperatur ihre Leistung drosseln oder teilweise abgeschaltet werden. Stromengpässe sind die Folge. In Perl-Nennung im Saarland verzeichnen Meteorologen mit 40,8 Grad Celsius die höchste Lufttemperatur in Deutschland seit Beginn der Messungen.

Die extremen Wetterlagen mehren sich, und die Experten sind sich einig, dass ein Wandel des Klimas die Ursache dafür ist. Auf der acqua alta, der ersten internationalen Fachmesse für Hochwasserschutz und Katastrophenmanagement, Klima und Flussbau vom 24. bis 27. November 2003 auf der Neuen Messe München beschäftigen sich Wissenschaftler und Praktiker mit der Thematik der Klimaerwärmung und daraus folgenden Naturkatastrophen.

Frühwarnsysteme

Professor Dr. Wolfgang Seiler, Leiter des Instituts für Meteorologie und Klimaforschung am Forschungszentrum Karlsruhe spricht am Montag, den 24. November 2003, über die Notwendigkeit von Frühwarnsystemen sowie Chancen und Innovationen bei ihrer Anwendung (Plenum I ab 10.45 Uhr). Da Klimaforscher erwarten, dass extreme Wetterereignisse wie Hitzeperioden oder Flutkatastrophen stark zunehmen, kommt es künftig darauf an, nicht nur noch früher und exakter das Wetter vorhersagen zu können, sondern auch die Frühwarnsysteme so zu verbessern, dass Bevölkerung und Katastrophenschutz rechtzeitig reagieren können.

Wichtige Kommunikationsplattform

Die extremen Wetterlagen stellen neue Anforderungen an die Verantwortlichen im Katastrophenmanagement, an Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Die acqua alta, Fachmesse für Hochwasserschutz und Katastrophenmanagement, Klima und Flussbau, bietet eine Kommunikationsplattform für Vertreter aus Institutionen, Verbänden, Politik, Wirtschaft, Industrie und Wissenschaft um die Kommunikation und Koordination im Sinne einer intensiveren Vernetzung zu verbessern. Dadurch entsteht die Möglichkeit für alle beteiligten Einrichtungen, an einem institutionsübergreifenden Informationsaustausch teilzuhaben, voneinander zu lernen und enger miteinander in Kontakt zu stehen.

Eine optimierte Vernetzung zwischen Forschern, Entscheidern und Anbietern von Pro-

blemlösungen, wie sie von den Veranstaltern der acqua alta forciert wird, trägt dazu bei, das Katastrophenmanagement zu verbessern und mit dem Klimawandel umzugehen.

Weltweit einmalig

Die acqua alta ist die weltweit erste internationale Plattform zur Gesamtthematik Hochwasserschutz, Katastrophenmanagement, Klima und Flussbau. Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden sowie der Hilfsorganisationen beschäftigen sich mit den Anforderungen an ein modernes Krisenmanagement und Verbesserungen bei Ausbildung und Ausstattung im Katastrophenschutz.



Werner Bähre.

Wasser-Nobelpreis für Münchner Professor

Umweltminister Werner Schnappauf gratulierte dem Münchner Professor Peter Wilderer zur höchsten Auszeichnung auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft. Prof. Wilderer, Ordinarius für Wassergüte- und Abfallwirtschaft der TU München, nahm in Stockholm den mit 150.000 US \$ dotierten „Wasser-Nobelpreis“ von Carl XVI. Gustaf von Schweden persönlich in Empfang. Nach den Worten Schnappaufs forscht, fördert und betreibt Wilderer unermüdlich seit 30 Jahren eine ganzheitliche und interdisziplinäre Forschung auf dem Gebiet der Abwasserreinigung, der Trinkwasseraufbereitung und der Abfallwirtschaft im Interesse einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen.

Beispielhaft für Wilderer ist das Programm „Safe Blue Danube“. Dieses Projekt soll Maßnahmen erarbeiten, um zerstörerische Überflutungen und Verschmutzungen der Donau, ihrer Zuflüsse und im Bereich der Mündung ins Schwarze Meer zu bekämpfen. Seine Beiträge zu grundlegenden Entdeckungen, die heute in modernen Biofilm-Reaktoren zur Anwendung kommen, ermöglichen den weltweiten Aufbau von Kläranlagen zur umweltschonenden Reinigung von Abwässern und der anschließenden Wiedereinspeisung in den Wasserkreislauf.

Notwendigkeiten in der Wasserversorgung:

Kostenkontrolle und Qualität

Deutsche Wasserversorgungsunternehmen sind gegenwärtig zunehmend gezwungen, sich an Veränderungen branchenspezifischer Marktanforderungen anzupassen. Dies wird einerseits durch die anhaltende politische Diskussion bewirkt, die den zukünftigen Regulierungs- bzw. Liberalisierungsgrad der kommunalen Wasserversorgung zum Gegenstand hat. Auswirkung der Diskussion ist ein deutlich gestiegenes Interesse der Öffentlichkeit und Aufsichtsbehörden an der Wirtschaftlichkeit in der Wasserversorgung, was die entsprechenden Unternehmen zum Überdenken ihrer Geschäftsabläufe und zu höherer Transparenz nach außen zwingt.

Darüber hinaus sind es Änderungen rechtlicher Anforderungen, insbesondere das Inkrafttreten der neuen Trinkwasserverordnung im Januar 2003, die viele Wasserversorger gegenwärtig in Zugzwang bringen. Anpassungsbedarf der Organisation und höhere Kosten sind unter Umständen die Folge für die Unternehmen.

Zentrale Rolle der Kosten

Kosten rücken damit zunehmend in den Mittelpunkt der Wasserversorgung, sei es als Be-

triebskosten oder als Investitionskosten. Den Kosten kommt in der Wasserversorgung ohnehin eine Schlüsselrolle zu, die deutlich ausgeprägter ist als in vielen anderen Branchen. Dies liegt insbesondere daran, dass eine Umsatzsteigerung i.d.R. nicht zu den Unternehmenszielen von kommunalen Wasserversorgern zählt. Vielmehr wird der Verbraucher seit langem sogar zum Wassersparen, also zu geringerem Konsum des Produkts Trinkwasser aufgefordert. Dies führte in der Vergangenheit vielfach zu Umsatzrückgängen bei

den Unternehmen, die durch die Erhöhung der Wasserpreise kompensiert werden mussten. Erhöht sich der Umsatz eines Unternehmens jedoch nicht, bleiben die Kosten als wichtigste Stellschraube für das Unternehmensergebnis zurück.

Nutzung von Synergien

Teil der bayerischen Wasserpolitik ist es seit langem, dem Thema Kosten in der Wasserversorgung einen hohen Stellenwert beimessen. Hierfür lassen sich mehrere Beispiele anführen: 1999 gab das Bayerische Umweltministerium einen Leitfaden „Betriebliche Kooperation“ für Wasserversorgungsunternehmen heraus, mit dem Ziel, Kosteneinsparungen durch die gemeinsame Nutzung von Synergien zu erreichen. An diesem Leitfaden haben außerdem der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag, die DVGW Landesgruppe Bayern und die Wasserwerksnachbarnschaften Bayern mitgewirkt.

Umfassende Studie

2000 veröffentlichten das Bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft und das Institut für Wasserwesen der Universität der Bundeswehr München eine umfassende Studie über Kosteneinsparmöglichkeiten in der Wasserversorgung („Einsparen von Kosten in der Trinkwasserversorgung“). 2003 wurde das sogenannte bayerische Benchmarking-Modell abgeschlossen, eine Untersuchung der Effizienz bayerischer Wasserversorger („Effizienz- und Qualitätsuntersuchung der kommunalen Wasserversorgung in Bayern (EffWB)“). Beauftragt bzw. begleitet wurde das Projekt durch das Bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft, den Bayerischen Gemeindetag, den Bayerischen Städtetag und den Verband der bayerischen Gas- und Wasserwirtschaft, VBGW.

Benchmarking-Modell

Die große freiwillige Beteiligung am bayerischen Benchmarking-Modell unterstrich die hohe Bedeutung, die Versorgungsunternehmen ihrer Kostensituation beimessen. 95 bayerische Wasserversorger nahmen an der Untersuchung teil. In der Tat ist es sehr wichtig, dass Wasserversorger ihre spezifischen Betriebskosten kennen und kontrollieren und ihre Investitionen einer weitestgehenden Kostenbetrachtung unterwerfen. Nur so kann bewertet werden, ob Teilbereiche in der Aufgabenwahrnehmung übermäßig hohe Betriebskosten verursachen und auf welche Art diese gesenkt werden können. Nur so kann dem Verbraucher vergewissert werden, dass er einen angemessenen Wasserpreis bezahlt (was insbesondere in Regionen mit sehr aufwendiger und daher relativ teurer Wasserversorgung notwendig und hilfreich ist). Nur so kann vermieden werden, dass heute getätigte Fehlinvestitionen die Verbraucher der nächsten Jahrzehnte mit übermäßig hohen Betriebskosten belasten. Und es gibt noch weitere Aspekte. Wasserversorger mit optimierter Kostenstruktur belasten i.d.R. nicht die Kassen ihrer kommunalen Eigentümer. Darüber hinaus wären sie vorbereitet auf einen möglichen gesetzlich verpflichtenden Nachweis der Kostenkontrolle, der Gegenstand der aktuellen politischen Diskussion ist.

Kosten sind jedoch nur eine Seite der Medaille in der Wasserversorgung. Neben den Kosten existiert noch eine zweite sehr bedeutende Größe, die ebenfalls

im Titel der Benchmarking-Untersuchung genannt wird: die Qualität. Qualität ist in der Wasserversorgung im doppelten Sinne zu verstehen. Zum einen als Organisationsqualität des Wasserversorgungsunternehmens und zum anderen als Qualität seiner Dienstleistungen bzw. des Produkts Trinkwasser. Selbstverständlich hängt die Qualität der Dienstleistungen von der Organisationsqualität direkt ab, denn eine hochqualitative Wasserversorgung ist nur durch hohe Organisationsqualität im Unternehmen zu erreichen.

Organisationsqualität als wichtige Größe

Die Sicherstellung der Qualität hat in der deutschen Wasserversorgung traditionell einen sehr hohen Stellenwert. Dies lässt sich u.a. am technischen Regelwerk des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW) ablesen, das Regelungen zu quasi allen technischen Prozessen in der Wasserversorgung enthält. 1999 wurde dem technischen Regelwerk ein weiteres Element hinzugefügt, mit dessen Hilfe Wasserversorger eine Kontrollmöglichkeit der Organisationsqualität in ihrem Unternehmen erhalten sollen: die Technische Regel W 1000 („Anforderungen an Trinkwasserversorgungsunternehmen“). Diese Regel definiert Anforderungen an die Aufbau- und Ablauforganisation in Wasserversorgungsunternehmen und geht dabei auf alle notwendigen Aspekte der Aufgabenerfüllung ein. Ihre Einführung trägt der hohen Bedeutung Rechnung, die der Organisationsqualität in der Wasserversorgung zugeschrieben wird.

Technische Regel

Die Regel W 1000 legt, entsprechend der Definition des DVGW, „Anforderungen an die fachliche Eigenschaft und Organisation von Trinkwasserversorgungsunternehmen nach DIN 4046 fest, die als Grundlage einer sicheren, zuverlässigen, umweltbezogenen und wirtschaftli-

chen Wasserversorgung im Sinne der gesetzlichen Regelungen zu beachten sind“. Durch die Berücksichtigung aller unternehmensrelevanten Anforderungen durch die W 1000, lässt sich mit Hilfe der Regel quasi ein integriertes Managementsystem im Unternehmen aufbauen, mit dessen Hilfe ein Instrument zur Sicherung der Organisationsqualität zur Verfügung steht.

Wertvolles Instrument

Zu einem wertvollen Instrument wird die W 1000 insbesondere dadurch, dass der DVGW diese Zertifizierung anbietet, die das Einhalten dieser Regel bescheinigt. Bei dieser Zertifizierung wird die Organisation des Wasserversorgers in annähernd 300 Teilaspekten von den Auditoren überprüft.

Für die Unternehmensverantwortlichen hat eine Zertifizierung neben der Organisationssicherheit insbesondere einen wichtigen haftungsrechtlichen Aspekt. Die neue Trinkwasserverordnung schreibt die Einhaltung des technischen Regelwerks erstmals explizit vor und macht somit auch die Einhaltung der W 1000 gleichsam zur Verpflichtung für Wasserversorgungsunternehmen. Eine Zertifizierung bescheinigt dies und kann somit zu einem wertvollen Nachweis im Falle eines Schadens und einer Überprüfung möglicher Organisationsverschulden werden.

Kombinierte Betrachtung von Kosten und Organisationsqualität

Wasserversorgungsunternehmen tun gut daran, auf Kosten und Organisationsqualität ein hohes Augenmerk zu legen. Dabei empfiehlt sich in vielen Fällen eine kombinierte Betrachtung dieser zwei wichtigen Größen, da sie in einem engen Kontext zueinander stehen. Im Begriff Organisationsqualität ist bereits eine Wertung hinsichtlich der Kosten enthalten. Eine Organisation weist nur dann eine hohe Qualität auf, wenn sie nicht

nur alle an sie gestellten Aufgaben gut erledigt, sondern dabei auch kostenoptimiert funktioniert.

Wie kann ein Wasserversorgungsunternehmen sicherstellen, dass sich Organisation und Kostenstruktur in einem vertretbaren Rahmen bewegen? Eine wichtige Rolle spielen hier die Geschäftsleitung bzw. die unternehmensverantwortlichen Vertreter der Kommunalpolitik. Sie sollten sich folgende Fragen stellen:

- ≪ Wird das gesetzliche Regelwerk im Unternehmen eingehalten?
- ≪ Geschieht dies zu vertretbaren Kosten?
- ≪ Existiert ein Kontrollsystem, das beides dauerhaft sicher stellt?

Individueller Zuschnitt auf Wasserversorger

Die Firma aquaKomm bietet eine Reihe von Dienstleistungen zur Verbesserung der Organisationsqualität und zur Kostenoptimierung an, die individuell auf die Situation von Wasserversorgungsunternehmen zugeschnitten werden. Projekte zur Verbesserung der Organisationsqualität zielen darauf ab, ein Unternehmen auf eine W 1000-Zertifizierung vorzubereiten, bzw. nach einer Zertifizierung das System regelmäßig zu aktualisieren.

Projekte zur Betriebskostenoptimierung bauen auf detaillierten Analysen des Geschäftsablaufs (Prozessanalyse) eines Unternehmens auf. Hierbei bietet sich die Kombination mit einem W 1000-Projekt durchaus an, da auch bei der Vorbereitung einer W 1000-Zertifizierung der Geschäftsablauf einer sehr detaillierten Betrachtung unterzogen werden muss. Auch zur Optimierung von Investitionskosten bietet aquaKomm Dienstleistungen an, z.B. durch die Übernahme von Bauherrenaufgaben, durch Projektmanagement oder durch die Begutachtung vorhandener Planungen.

Dr. Oliver Weis, aquaKomm GmbH & Co. KG, München, eMail: oliver.weis@aquakomm.de



Main-Spessart. Die Bewahrung des Wassers haben sich Holger Brandt, Klaus und Günter Mösslein auf die Fahnen geschrieben. Grund genug für den Arbeitskreis Umweltplanung und Landesentwicklung im CSU-Kreisverband Main-Spessart (AKU), den drei Gründern der Firma Mösslein Wassertechnik GmbH in Lohr einen Informationsbesuch abzustatten. Dort erfuhren die Mitglieder um Vorsitzenden Edwin Spahn, Gesundheits-Staatsminister Eberhard Sinner und CSU-Kreisvorsitzenden Klaus Bittermann, wie aus einer Idee und harter Arbeit ein Produkt wird, das seinen Siegeszug sogar schon in den USA angetreten hat.

Floran heißt das Desinfektionsmittel, das die 1990 gegründete Firma zusammen mit der Firma Kodiak Wassertechnologie GmbH aus Nettetal entwickelt hat. Welche Anforderungen an ein Desinfektionsmittel für Wasseranlagen gestellt werden, wussten Wassermeister Klaus Mösslein, Ver- und Entsorger Holger Brandt und Günter Mösslein, der kaufmännische Kopf der Firma, aus erster Hand. Schließlich haben sie selbst mit Desinfektionsarbeiten angefangen, auch wenn es am Anfang nur zwei Kunden gab. Heute gehören 20 Mitarbeiter zur Firma Mösslein. 1998 ist außerdem die Firma „Floran Chemisch-Technische Produkte GmbH“ entstanden, die das umweltfreundliche Mittel vertreibt. Vor vier Jahren gründeten die drei Lohrer mit amerikanischen Partnern schließlich die Floran Technologies in Norman/Oklahoma (USA).

„Das Desinfektionsmittel Floran ist so verträglich, dass man es sogar in Fischweihen einleiten kann“, sagte Günter Mösslein zum Erstaunen der AKU-Mitglieder. Die Vorteile gegenüber dem Chlor, das noch immer am häufigsten eingesetzt wird, lagen für die AKU-Mitglieder auf der Hand. Und nicht nur für sie: Seit Floran im Jahr 2001 auf dem US-Markt zugelassen wurde, entscheiden sich immer mehr Städte für das Mittel aus Lohr. Die Stadt Houston/ Texas hat dessen Verwendung gar zur Bedingung bei der Ausschreibung der Arbeiten in ihren Anlagen gemacht.

Unser Bild zeigt von links Klaus Mösslein, Holger Brandt, Edwin Spahn, Eberhard Sinner, Klaus Bittermann, Günter Mösslein, Gerhard Schmitt, Richard Krebs und Theo Dittmeier.

VBGW-Fachtagung in Lindau:

Wasserschutz für Lebensqualität

Rund um das Thema Wasser drehte sich die Fachtagung des Verbandes der Bayerischen Gas- und Wasserwirtschaft (VBGW) in der Inselhalle in Lindau.

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit einem Vortrag von Dr. Michaela Schmitz, Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW), Berlin, zum aktuellen Stand der Liberalisierungsdebatte beim Wasser. Im weiteren Verlauf äußerten sich Experten zu einer Vielfalt an Themen, darunter beispielsweise den Möglichkeiten und Grenzen des Wasserexports aus Sicht der österreichischen Nachbarn, der Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft, der Wasserrahmenrichtlinie und der neuen Trinkwasserverordnung.

Empfehlungen

Ein Spezialist des Technologiezentrums Wasser (TZW), Dresden, Dr. Burkhard Wricke, berichtete über die Auswertung einer von der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches (DVGW) und dem Sächsischen Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft in Auftrag gegebenen Studie über die Hochwasserkatastrophe 2002 in Sachsen sowie die Erfahrungen und Schlussfolgerungen der Wasserversorgungsunternehmen. Folgende Empfehlungen sollten unabhängig von der Einarbeitung in das Regelwerk so schnell wie möglich in den Wasserversorgungsunter-

nehmen umgesetzt werden:

- ≪ Überprüfung der Überflutungssicherheit von EMSR-Anlagen
- ≪ Prüfung der Auswirkungen des Ausfalles elektrisch gesteuerter Armaturen auf die Versorgungssituation im Leitungsnetz
- ≪ Klärung der Möglichkeiten der Energieversorgung wichtiger Anlagen bei Flächenabschaltung
- ≪ Prüfung der Standsicherheit von Gebäuden bei erhöhten Grundwasserständen bzw. Überflutung von Anlagen
- ≪ Prüfung der Absperrmöglichkeiten von Rohrbrücken und Dükern, ggf. Verlegung außerhalb der möglichen Überflutungsbereiche.

Verantwortlichkeiten festlegen

Um die Sicherstellung der Wasserversorgung in Notstandsfällen zu gewährleisten, sollten auf der Grundlage des derzeitigen nur für den Verteidigungsfall geltende Wassersicherstellungsgesetzes klare Regelungen geschaffen werden, so Wricke. Darin sollten die Anforderungen an die Wasserbereitstellung formuliert sowie die Verantwortlichkeiten und Aufgaben aller Beteiligten (Land, Kommune, Wasserversorger, THW) festgelegt werden. Die Wasserversorgungsunter-

nehmen (WVU) sollten unabhängig von noch ausstehenden gesetzlichen Regelungen Notfallversorgungskonzepte erarbeiten. Hierbei sei auch die Möglichkeit einer Nutzung alternativer Rohwasserressourcen mit zu berücksichtigen. Zudem schlägt die Studie vor, Wasserversorgungsunternehmen grundsätzlich in die Informationskette des Hochwasserwarndienstes einzubeziehen. Sie sollten direkt, als Fachbera-

ter, in die Schutzstäbe der unteren Katastrophenschutzbehörden einbezogen werden. Sind in einer Region mehrere WVU tätig, so sollte ein Wasserversorger die Koordinierung übernehmen.

Regelungen anstreben

Von wesentlicher Bedeutung ist auch die Sicherung der Kommunikationsfähigkeit von Wasserversorgungsunternehmen. Von behördlicher Seite seien hierzu entsprechende Regelungen mit den Telekommunikationsanbietern anzustreben. Als sinnvoll erscheine die Einrichtung von Vorrangschaltungen.



Geschäftsleiter Friedrich Zapf (links) erläuterte auf dem Rundgang die moderne „Kommandozentrale“ des Wasserwerks. Von rechts: Werner Knaus von der Bayerischen Wasserversorgung Nördlingen, Abteilungsleiter Wolf-Dieter Ueberrück, Regierungspräsident Karl Inhofer und Verbandsvorsitzender Peter Schalk.

Foto: Falk

40 Jahre Reckenberg-Gruppe:

Ortsnahe Versorgung

Wassermungenau (wefa) - „Kommunale Selbstbestimmung geht vor Fremdbestimmung durch wenige Konzerne.“ Das erklärte Regierungspräsident Karl Inhofer im Wassermungenauer Wasserwerk der Reckenberg-Gruppe, die ihr 40-jähriges Bestehen feierte. Er äußerte sich zufrieden, dass in Bayern die Versorger und die Politik an einem Strick ziehen, um die geplante Liberalisierung des Wassermarkts zu blockieren. Negativbeispiele sind für den Regierungspräsidenten England und Frankreich, wo inzwischen eine Regulierungsbehörde darauf achten muss, dass die Preise nicht willkürlich steigen.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Hufe will Signale kennen, wonach die Liberalisierung des Wassermarkts inzwischen in der EU kein aktuelles Thema mehr ist. „Die haben beim Strommarkt gemerkt, dass die Eigenversorgung immer noch die beste ist“, bemerkte der Hilpoltsteiner Politiker. Diese Botschaft sei wohl „in Brüssel angekommen“. Nicht ganz so sicher sind sich bei der Beurteilung dieser Frage Wolf-Dieter Ueberrück von der Regierung von Mittelfranken und Werner Knaus vom Verband der Gas- und Wasserwirtschaft in Bayern. „Die Konzerne werden nicht aufhören, auch wenn derzeit in München und wohl auch in Berlin Ruhe herrscht“, meinte Knaus. In der

Bundeshauptstadt seien die privaten Versorger an der Wasserwirtschaft beteiligt. Sie hätten zwar bisher nicht die Preise erhöht, wohl aber Investitionen reduziert und Mitarbeiter entlassen.

Leistungsstarkes Unternehmen

Die Liberalisierung war aber nicht das Hauptthema bei der Feierstunde, an der auch die früheren Verbandsräte und deren Vorsitzender Karl Huber (Merkendorf) sowie der langjährige Geschäftsleiter Werner Paukisch aus Gunzenhausen (1963 bis 1974) teilnahmen. Der Zweckverband der Reckenberg-Gruppe, der 1963 zur besseren Versorgung der wasserleidenden Berg-

Zu prüfen ist der Untersuchung zufolge auch, inwieweit die WVU in das sog. BOS-Funksystem eingebunden werden. BOS steht für „Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“. Dies schein im Zusammenhang mit der Einbindung in die Katastrophenschutzstäbe sinnvoll und erforderlich.

Aus Erfahrung lernen

Für Werner Knaus, den stellvertretenden VBGW-Vorsitzenden, ist es ein Hauptanliegen, in dieser Hinsicht für die Zukunft

gerüstet zu sein: „Zwar hat die bayerische Wasserwirtschaft die Flut und ihre Folgen bravourös bewältigt, doch wollen wir aus Erfahrungen lernen und in Zukunft noch besser und schneller reagieren. Unser Ziel ist die zur Beherrschung von Katastrophen vorbereitenden organisatorischen und technischen Maßnahmen zu optimieren und Handlungsempfehlungen zur Verbesserung des Schutzes von Anlagen der Wasserversorgung bei Hochwasserereignissen sowie im Hinblick auf die Sicherung der Trinkwasserversorgung in Notstandsfällen abzuleiten.“ DK

gemeinden im Norden des Altkreises Gunzenhausen gegründet wurde, ist in den 40 Jahren seines Bestehens zu einem leistungsstarken Versorgungsunternehmen in Nordbayern geworden. Versorgt werden 41000 Einwohner in 174 Ortschaften von 20 Gemeinden. Zwölf Brunnen liefern jährlich vier Millionen Kubikmeter. Die reichen aber nicht, so dass 2,8 Millionen vom Zweckverband Wirtschaftsraum Franken bezogen werden müssen. Der Bedarf von 6,5 Millionen Kubikmetern deckt sich zu 57 Prozent aus eigenen Brunnen, zu 43 Prozent aus Fremdbezug.

Endloses Drama

Zweckverbandsvorsitzender Peter Schalk, Bürgermeister von Burgoberbach, äußerte die Erwartung, dass auch künftig die Synergieeffekte einer großräumigen Zusammenarbeit genutzt werden. Kritisch bemerkte er, die Nutzung des Grundwassers und die damit verbundenen wasserrechtlichen Verfahren, die zum Teil seit Jahrzehnten betrieben würden, seien ein „Drama ohne erkennbares Ende“. Die Abgeordneten sollten sich daher vehement für die Sicherung der ortsnahe Trinkwasserversorgung einsetzen. An die Landratsämter appellierte er, mehr Mut zu haben beim Abgleich der Interessen. Schalk entschlossen: „Das musste einmal gesagt werden!“

Wichtige Drehscheibe

„Die Reckenberg-Gruppe hat sich zur Drehscheibe der Wasserwirtschaft in Nordbayern entwickelt“, lobte der Regierungspräsident den Verbandsvorsitzenden und seinen Geschäftsleiter Friedrich Zapf. Dass die ortsnahe und dezentrale Versorgung im Vordergrund stehe, sei auch im geänderten Wasserschutzgesetz enthalten. Weil es im Land eben Regionen mit Wassermangel und solche mit Wasserüberfluss gebe, sei die Solidarität untereinander gefordert. Nur acht Prozent des bayerischen Trinkwassers komme aus Fernwasser, 92 Prozent stamme von örtlichen Versorgern

in 2050 Gemeinden. Inhofer: „Wir brauchen die Solidarität derer, die Trinkwasser im Überfluss haben.“

Ergebnis konsequenter Politik

Inhofer erteilte den Versorgern gute Noten, was die Qualität betrifft. 93 Prozent des bayerischen Trinkwassers kommt seinen Angaben zufolge aus dem Grundwasser, 65 Prozent bedarf nicht einmal einer Aufbereitung. Der Gast aus Ansbach: „Das ist ein Geschenk der Natur, aber auch ein Ergebnis der konsequenten Politik des Grundwasserschutzes.“ Er warnte davor, beim Grundwasserschutz zu engstirnig zu denken, denn: „Wasserschutzgebiete sind ökologische Inseln, die auch unseren Wohlstand sichern.“ Was Inhofer nicht verstehen kann, ist, dass die Gemeinden von ihren Bürgern in eine Rechtfertigungsstrategie gedrängt werden, wo sie doch gerade bestens kontrolliertes Trinkwasser liefern wollten. Keinesfalls sei es so, dass das Wasserschutzgebiet das Siedlungswesen behindere, es sei viel mehr die Grundlage für die kommunale Entwicklung. Deshalb sein Drängen: „Die Bürgermeister müssen rechtzeitig Vorsorge treffen und die Gebiete vor konkurrierenden Nutzungen schützen.“ Wie Inhofer bemerkte, rangiert Bayern bei den Wasserschutzgebieten ohnehin eher am Schluss. In Baden-Württemberg seien 25 Prozent der Landesfläche ausgewiesen, in Sachsen sogar 30 Prozent, in Bayern hingegen nur fünf Prozent.

Gegen Liberalisierung

Entschieden wandte sich der Regierungspräsident gegen die Liberalisierung des Wassermarkts. Trinkwasser sei kein Wirtschaftsgut, das chemisch aufbereitet werde und gerade einmal die Mindeststandards aufweise, sondern ein Lebensmittel. Wenn der Preis zum alles entscheidenden Kriterium werde, dann bleibe der Konsument auf der Strecke. ≪

UV-Nachrüstung Kläranlage Penzberg:

Isar wird Bayerns längstes Freibad

Den Bakterien in der Isar geht's jetzt an den Kragen, damit die strenge EU-Badegewässer-Richtlinie sicher eingehalten wird, sagte Umweltminister Werner Schnappauf bei der Inbetriebnahme der Abwasserdesinfektion in der Penzberger Verbandskläranlage. „Bereits 2004 und damit ein Jahr früher als geplant, sollen Kinder und Erwachsene wieder einen ungetrübten Badespaß in der oberen Isar haben.“

Laut Schnappauf wird München mit den 5,6 Millionen Euro Investitionen der beteiligten Kommunen zur ersten Millionenmetropole mit einem Fluss als Badegewässer. Die Staatsregierung kommt damit dem vielfältigen Wunsch der Bürger nach, die an den Isarufem bereits heute Erholung suchen. Schon in diesem Jahr haben die Kläranlagen an der oberen Isar Zug um Zug ihre Abwasserdesinfektionsanlagen in Betrieb genommen. Bereits 2004 soll München eine saubere Isar als Badegewässer erhalten.

Der Freistaat hat 2000 mit dem Pilotvorhaben zur Abwasserdes-

infektion in Bad Tölz den Nachweis erbracht, dass in der Isar Badegewässerqualität erreicht werden kann. Das Pilotvorhaben wurde fast vollständig vom Freistaat finanziert und alle weiteren Anlagen entlang der Oberen Isar erhalten für die Nachrüstung einer Desinfektionsstufe 80 Prozent Förderung. Das Abwasser von den Kläranlagen Wolfratshausen, Schäftlarn und Lenggries wird bereits heute schon hygienisch nachbehandelt. In Kürze wird auch an der Kläranlage in Benediktbeuern der Betrieb der Abwasserdesinfektion aufgenommen. ≪

Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke:

Die Nutzung der Wasserkraft muss gesteigert werden!

Der enorme Stellenwert der Wasserkraft wurde bei der 54. Generalversammlung des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke in Regensburg einmal mehr hervorgehoben. Der Präsident des Bundesverbandes, Anton Zeller, bezeichnete sie gar als „Geschenk des Himmels“.

Weltweit, so Zeller, erzeuge die Wasserkraft mit 2627 Mrd. Kilowattstunden pro Jahr so viel wie alle 441 Atomkraftwerke zusammen genommen. Von den in Deutschland erzeugten 26 Mrd. aus Wasserkraft stelle Bayern 14,5 Mrd. kWh, etwa 20 Prozent des bayerischen Strombedarfs. Damit könnten fast alle bayerischen Haushalte versorgt werden.

Kraftwerke modernisieren

Große wie kleine Wasserkraftwerke seien gleichermaßen wichtig für eine dezentrale Energieversorgung, die auch eine Notstromversorgung des ganzen Landes darstellten, erklärte Zeller. Vor allem sei der Bestand der Wasserkraft zu sichern. Darüber hinaus könne die Nutzung der Wasserkraft in Bayern noch um mehrere Milliarden Kilowattstunden gesteigert werden. Dies könne gewährleistet werden durch die Modernisierung tausender in die Jahre gekommener Kraftwerke, die Reaktivierung stillgelegter Standorte, die Nutzung vorhandener Kulturwehre, die zur Stützung der Flussole errichtet wurden sowie durch den Neubau von Wasserkraftwerken.

Unverzichtbarer Beitrag

Ausführlich legte der Präsident die Zielsetzung einer ökologisch orientierten Wasserkraft dar, deren Hauptkomponenten maßvolle Mindestwassermengen auf Basis des Bayerischen Restwasserleitfadens sind. Auch die Durchgängigkeit der Gewässer mittels Wanderhilfen für Gewässerorganismen werde seitens der Wasserkraft mit unterstützt.

Der Vorstandsvorsitzende des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke, Erich Krauß, der aufgrund seiner besonderen Leistungen mit der Verdienstmedaille des Bundesverbandes Deutscher Wasserkraftwerke ausgezeichnet wurde, verwies darauf, dass die Wasserkraft in Bayern einen unverzichtbaren Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung darstelle, wobei

die Rahmenbedingungen derzeit die größten Probleme darstellten. Es sei sehr bedauerlich, dass gerade Umweltschützer und auch Politiker, die sonst vehement den Einsatz regenerativer Energieträger zur CO₂-Reduzierung forderten, sich nach Kräften bemühten, den Ausbau der Wasserkraft zu verhindern. In die neue Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) müsse ein Zusatz eingefügt werden, „dass die Nutzung der Wasserkraft zu keiner Verschlechterung im Sinne dieser Richtlinie führt“.

Dr. Wilhelm Buerstedde, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Hildesheim, hob hervor,

Badwasserqualität an der Isar:

Erste Metropole in EU mit Fluss als Badewasser

„München wird die erste Metropole in der EU mit einem Fluss als Badegewässer“, hob Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf beim Isar-Event auf der Praterinsel in München hervor. Bis September werden alle großen Kläranlagen mit einer neuen abwassertechnischen Spitzentechnologie ausgerüstet, versicherte er den Landräten und Bürgermeistern der Isaranliegergemeinden. Für das Badegewässerprojekt „Obere Isar“ hat das Umweltministerium rund 3,3 Millionen Euro Zuschuss für fünf Kläranlagen bei 5,6 Millionen Euro Nachrüstungskosten zur Verfügung gestellt.

„UV-Strahlen werden Bakterien oder andere Krankheitserreger im gereinigten Abwasser aus den Kläranlagen den Garaus machen“, so Schnappauf. Bereits 2004, und damit ein Jahr früher als geplant, wird die Badegewässerqualität vom Sylvensteinspeicher bis zum Oberföhringer Wehr in München erreicht. Das nächste Ziel ist jetzt, bis 2006 die Erfolge bei der Badegewässerqualität die Isar abwärts bis nach Moosburg weiterzuführen.

Umweltminister Schnappauf hatte im Juni in Wolfratshausen und heute in Penzberg neue Abwasserdesinfektionsanlagen in Betrieb genommen. Die Kläranlagen in Lenggries, Schäftlarn und Bad Tölz laufen bereits auf vollen Touren. Mit der Benediktbeurer Kläranlage ist das Projekt für ein sauberes Badegewässer an der Oberen Isar im September vollendet. Dass die hoch gesteck-

ten Ziele erreicht werden, zeigten die bisher untersuchten Wasserproben.

Über Ursachen von Getriebeschäden berichtete abschließend der öffentlich bestellte und ver-

eidigte Sachverständige für Schadensgutachten an Großbetrieben, Martin Stöckl. Die meisten Schäden, so Stöckl, entwickelten sich im allgemeinen ausgehend von einem Initialschaden bis zur allmählichen totalen Zerstörung des entsprechenden Bauteiles. In der Folge würden meist auch noch benachbarte Maschinenelemente zerstört. Der Sachschaden sei dann oft enorm. Lange ungeplante Stillstände ergäben mitunter riesige Ausfallkosten.

Frühe Diagnose

Durch Maschinendiagnose, bei Bedarf ergänzt durch die visuelle Kontrolle, ließen sich Initialschäden in aller Regel so früh diagnostizieren, dass meist noch genügend Zeit bleibe, den Instandsetzungszeitpunkt ohne zusätzliche Folgeschäden und langwierige Betriebsunterbrechungen einzuplanen. Es gebe entsprechende Erfahrungen und wirtschaftliche Diagnosesysteme. Sie müssten nur eingesetzt werden. **DK**



Um Geruchsbelästigungen der Umgebung zu vermeiden, ist die Regensburger Großkläranlage vollständig nach oben und seitwärts abgedeckt. Im Hintergrund befinden sich die 30 m hohen Faultürme. Bild: W. Zeitler

Klärwerk Regensburg:

Für 28 Mio. Euro modernisiert

Als letztes Klärwerk einer bayerischen Großstadt wurde 1979 das Regensburger Klärwerk in Betrieb genommen. Jetzt wurde die vierte Ausbaustufe vollendet und nun kann das Klärwerk bis zu 500.000 Einwohner anschließen. 400.000 in der Stadt und im Umland sind es jetzt schon. 28 Mio. Euro kostete die letzte Ausbaustufe, insgesamt hat Regensburg bisher 325 Mio. DM und 28 Mio. Euro in sein Klärsystem investiert.

Klärwerke haben hohen Verschleiß und Abnutzung, die Anlagentechnik wird ständig fortentwickelt, Gesetze und Vorschriften bedingen permanente Anpassung.

Wissenschaft für sich

Der Betrieb einer Großkläranlage ist heute eine Wissenschaft für sich. Das Regensburger Klärwerk hat 54 ständige Mitarbeiter, darunter Ingenieure, Chemiker und anderes mehr. Es gibt sogar einen Abwassermeister. Hat man die Abwässer früher nur mechanisch gereinigt, so wird das Abwasser heute biologisch von Kohlenstoff, Stickstoff und Phosphor gereinigt.

Die Abluft wird gefiltert, so dass die in der Nähe liegenden Wohngebiete im Landkreis Regensburg kaum durch Geruchsbelästigung gestört werden, zumal die gesamte Anlage mit einer Metallabdeckung versehen ist.

Interessant ist, so war von Be-

triebsleiter Johann Nuber zu erfahren, dass der anfallende Klärschlamm noch individuell genutzt wird. Der Regensburger Klärschlamm hat allerdings noch 60 Prozent Wassergehalt. Da es in Bayern kein Braunkohlekraftwerk gibt, welches diesen Klärschlamm als Heizzusatz verwenden kann, wird er bis zu 600 km weit in die ehemalige DDR gefahren und dort verbrannt. Dadurch werden etwa fünf Prozent des nötigen Heizmaterials abgedeckt.

Die Kosten des Ausbaus der Regensburger Kläranlage werden zu etwa einem Drittel von den angeschlossenen Randgemeinden getragen.

Oberbürgermeister Hans Schaidinger stellte jedenfalls fest, dass mit der erneuerten Kläranlage für die Stadt und die angeschlossenen zwölf Randgemeinden eine moderne Infrastruktureinrichtung zur Verfügung steht, die Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt und der Gemeinden ist. **WZ**

Neue Initiative für Gewässerschutz

Bayern hat eine neue Initiative für den Gewässerschutz gestartet. Fast zwei Dutzend Spitzenvertreter bayerischer Verbände nahmen in München am ersten Wasserforum teil, mit dem die Öffentlichkeit an der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie in Bayern beteiligt wird.

Der Präsident des Landesamtes für Wasserwirtschaft, Albert Göttle, rief die Teilnehmer dazu auf, im neuen Wasserforum aktiv mitzuarbeiten. Die Brüsseler Vorgaben seien kein „Bürokratiemonster“, sondern eine echte Chance für einen ganzheitlichen Gewässerschutz in Bayern, doch um erfolgreich zu sein, brauche es viele Mitstreiter.

Über Grenzen hinweg

Gewässerschutz über Grenzen hinweg ist die Devise der neuen EU-Richtlinie. Sie fordert unter anderem ein durchgängiges Flussgebietsmanagement von der Quelle bis zur Mündung und eine stärker ökologische Ausrichtung. Dazu Klaus-Peter Blumenwitz, Leiter der Wasserwirtschaft im Bayerischen Umweltministerium: „Brüssel bestätigt mit der Richtlinie den von Bayern eingeschlagenen Weg im Gewässerschutz.“

Bis 2015 soll nach der Richtlinie der „gute Zustand“ für alle Gewässer in ganz Europa erreicht sein. Im Freistaat sorgen fast 3000 Kläranlagen dafür, dass verschmutzte Gewässer

weitgehend der Vergangenheit angehören: mehr als zwei Drittel aller größeren Bäche und Flüsse sind inzwischen gering bis höchstens mäßig belastet. Viele Gewässer sind jedoch in der Vergangenheit vor allem in den Ballungsräumen und den landwirtschaftlich genutzten Talauenegradig und ausgebaut worden. Mehr Ökologie mit naturnahen Lebensräumen, die den Fischen und Kleinlebewesen die ungehinderte Wanderung ermöglichen, ist nach den Worten Göttles erreichbar, wenn alle Beteiligten gemeinsam an einem Strang ziehen: „Hier sind auch die Kommunen, Nutzer und Anlieger gefordert.“

Zeitplan

Für rund 25.000 Kilometer bayerischer Bäche und Flüsse, alle größeren Seen und für das Grundwasser wird derzeit Inventur gemacht. Ende nächsten Jahres werden mit der Meldung nach Brüssel die Bestandsaufnahmen abgeschlossen und die Kontrollsysteme in den Problembereichen eingerichtet. Ab 2006 folgen die Maßnahmenplanung und deren Umsetzung. **DK**

KPV Oberfranken:

Trauerspiel Finanzausstattung

Erneute Wahl Manfred Thümmers zum Bezirksvorsitzenden

Bei der Bezirksversammlung der oberfränkischen KPV in Pegnitz, an der auch Innenminister Dr. Günther Beckstein teilnahm, wurde der 1. Bürgermeister der Stadt Pegnitz (Landkreis Bayreuth), Manfred Thümmel, als Bezirksvorsitzender bestätigt. Als Stellvertreter fungieren Bürgermeister Erwin Zeis (Igensdorf, Landkreis Forchheim), Bürgermeister Karl-Philipp Ehrler (Stammach, Landkreis Hof) sowie zweiter Bürgermeister Hans-Heinrich Ullmann (Coburg).

Wie Manfred Thümmel eingangs darlegte, bedeutet Kommunalpolitik „Politik zum Anpassen“ bzw. „Familienpolitik vor der Haustüre“. Sie sei gelebte Demokratie. Das Selbstverwaltungsrecht beinhalte in erster Linie Organisationshoheit, Personalhoheit, Planungshoheit und Finanzhoheit.

Sinnvolle Ausstattung vonnöten

Die Kommunen benötigten zur Organisation der Lebensqualität des Bürgers eine sinnvolle Finanzausstattung. Diese sei allerdings seit dem Jahr 2001 in erheblichem Maß erschüttert worden durch das völlige finanz- und wirtschaftspolitische Versagen der rot-grünen Bundesregierung. Durch eine handwerklich fehlerhafte Steuer- und Wirtschaftspolitik, die Deutschland zum Schlusslicht in Europa gemacht habe, würden den Kommunen die Einnahmen entzogen.

Einbruch in Oberfranken

So habe es bei der Gewerbesteuer in Oberfranken im vergangenen Jahr einen Einbruch von rund 100 Mio. Euro gegeben. 2003 wiederhole sich das Trauerspiel in gleicher Höhe. Die Stadt Bayreuth wiederum melde einen Einbruch von 13 Mio. Euro. Hinzu komme die ungerechtfertigte Erhöhung der Gewerbesteuerumlage von 20 auf 28 Prozent, was der Kommune nochmals Eigenmittel in Millionenhöhe entziehe.

Finanzieller Kollaps

Solidarumlage, Grundsicherung, Kinder- und Jugendhilfe und weitere finanzielle Überlastungen wurden laut Thümmel auf die Kommunen übertragen, was schließlich zu einem finanziellen Kollaps geführt habe.

Die Kommunen könnten in den Regionen folglich keine Investitionen mehr tätigen, damit den Arbeitsmarkt nicht entlasten - „ein Kreislauf, der eine Spirale nach unten nach sich zieht“.

Förder- und Lohngefälle

In einer Resolution, die Vorsitzender Thümmel Innenminister Dr. Günther Beckstein übergab, weisen die oberfränkischen Kommunalpolitiker darauf hin, dass die Gemeinden, Städte und Landkreise Oberfrankens neben den für alle deutschen Kommunen geltenden Rahmenbedingungen weitere Belastungen zu schultern haben: Sie seien vom Wandel der heimischen Wirtschaft von einer Produktions- hin zu einer Dienstleistungsregion besonders betroffen. Die mittelständische Wirtschaft leide unter der wirtschaftsfeindlichen rot-grünen Politik und dem enormen Förder- und Lohngefälle zu den Nachbarregionen. Als Grenzregion bekomme Oberfranken die Anpassungslasten im Rahmen der EU-Osterweiterung besonders zu spüren.

Konkrete Forderungen

Deshalb fordert die Bezirks-KPV

die Reform der Gewerbesteuer. Eine reformierte Gewerbesteuer muss den Kommunen stabile Einnahmen sichern und darf gleichzeitig die Rahmenbedingungen für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht verschlechtern. Die reformierte Steuer soll weniger gestaltungsanfällig sein. Gleichzeitig wird eine Besteuerung der Unternehmenssubstanz abgelehnt.

die möglichst weitgehende Absenkung der Gewerbesteuerumlage. Städte und Gemeinden sollen möglichst viel von ihren eigenen Steuereinnahmen be-

halten dürfen. Fernziel soll die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine reine Gemeindesteuer sein.

die Anhebung des Anteils der Gemeinden und Städte an der Umsatzsteuer von 2,2 auf mindestens 3 Prozent. So werden die Einnahmen der Kommunen stabilisiert und weniger konjunkturempfindlich.

die möglichst breite Überprüfung der kommunalen Ausgabenstruktur. Es darf dabei keine Tabus geben. Insbesondere die Ausgaben der Kommunen im Bereich der Sozialhilfe sowie Kinder- und Jugendhilfe sind sofort zurückzuführen. Die Grundsicherung ist abzuschaffen oder in vollem Umfang auszugleichen.

die Einführung eines dem Konnexitätsprinzip entsprechenden Schutzes auch auf Bundesebene, denn auch wenn der Bund Aufgaben überträgt, muss gelten: „Wer bestellt, bezahlt.“

die deutliche Erhöhung des Sozialhilfeausgleiches für die Bezirke im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2004, ansonsten drohen die Bezirke unter der Last der Sozialhilfeausgaben zu ersticken.

Sofortige Hilfe

Alle aufgezählten Maßnahmen wirken in die Zukunft. Jedoch gibt es unter den Gemeinden, Städten und Landkreisen Oberfrankens viele, die dringend auf sofortige Hilfe angewiesen sind. Deswegen bittet die Bezirks-KPV die Bayerische Staatsregierung, bei der Vergabe der Bedarfszuweisungen auch künftig in Oberfranken einen Schwerpunkt zu setzen.

Besonderer Problemfall

Auch Minister Beckstein machte die rot-grüne Bundesregierung für die miserable Situation der Kommunen verantwortlich. Er bezeichnete den Regierungsbezirk Oberfranken als größten Problemfall in Bayern, wenn man von der Genehmigung der kommunalen Haushalte spreche. Die Stadt Hof beispielsweise

se habe bis heute keinen genehmigten Haushalt.

Es gebe diverse Modelle, die zu einer Verbesserung der Situation der Städte und Gemeinden beitragen könnten, betonte Beckstein. Die Bayerische Staatsregierung halte das Modell des Städtetages, bei dem auch Freiberufler Gewerbesteuer zahlen müssten, als zu kompliziert und zudem verfassungswidrig. Auch der Entwurf der Bundesregierung werde abgelehnt.

Einnahmeausfälle

Insgesamt, so Beckstein, benötigten die Kommunen Mehreinnahmen von rund sechs Milliarden Euro. Falls die dritte Stufe der Steuerreform wie von der Bundesregierung geplant, auf den 1. Januar 2004 vorgezogen werde, drohten Einnahmeausfälle in Höhe von 3,5 Mrd. Euro. Nach Auskunft von Manfred Thümmel würde dies für die Stadt Pegnitz eine Einbuße von 660.000 Euro im Jahr bedeuten. **DK**

Euregio-Auflösung:

Jodeln und Wandern ist zu wenig!

Auf Veranlassung von Landrätin Bruni Mayer, Landkreis Rottal-Inn, wird zum ersten Mal in Bayern eine Euregio aufgelöst, und zwar die Verbindung der bayerischen Landkreise Passau, Rottal-Inn, Altötting, Mühldorf und Traunstein (Nord) und auf österreichischer Seite die Bezirke Schärding, Grieskirchen, Ried und Braunau. Bruni Mayer war der Ansicht, dass in den neun Jahren ihres Bestehens diese Euregio die Erwartungen nicht erfüllt habe. Dies gelte vor allem für die Erwartungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Landrätin Mayer meinte zu ihrem Antrag: „Gemeinsames Jodeln und Wandern bringt uns nicht weiter!“ So beschloss die Euregio auf ihrer Tagung in Stubenbach im Inntal ihre Auflösung zum Jahresende. Der Aufwand habe pro Jahr rund 420.000 Euro betragen, davon allein 200.000 Euro die Geschäftsstelle. Hier hätten Aufwand und Ergebnis nicht mehr zusammengepasst. **WZ**



V.l.n.r.: Manfred Thümmel (Bürgermeister Pegnitz), Dr. Günther Beckstein, Walter Nadler (MdL), Hartmut Koschyk (MdB), Hans Funk (Stadtrat) und die Pächterinnen der Raststätte Pegnitz/Fränkische Schweiz.

Bezirkstag von Oberfranken:

Verleihung der Ehrenmedaille in Silber

Bayreuth (fpo) - In seiner jüngsten Sitzung stimmte der Bezirkstag von Oberfranken den Vorschlägen der Fraktionen zu und zeichnet auch 2003 zehn Persönlichkeiten aus Oberfranken mit der Ehrenmedaille in Silber des Bezirks Oberfranken aus.

Zu den Ausgezeichneten zählt Hannfried Graf von Bentzel-Sturmfelder-Horneck aus Heroldsbach im Landkreis Forchheim. Er wird für seine Verdienste als Kommunalpolitiker und als langjähriger Vorsitzender des Schulverbandes sowie für seine Verdienste als 2. Vorsitzender des Abwasserzweckverbandes geehrt. Ebenfalls für seine Verdienste im kommunalpolitischen Bereich erhält Johann Feulner aus Mistelgau im Landkreis Bayreuth die Ehrenmedaille in Silber des Bezirks Oberfranken.

Langjähriges Wirken

Des weiteren werden Uwe Drechsel, Intendant des Theaters Hof, und Dr. Helmuth Jungbauer aus Bamberg ausgezeichnet. Dr. Jungbauer erhält diese Auszeichnung für sein langjähriges Wirken in führender Position in der Wirtschaft wie auch für sein ehrenamtliches Engagement im kulturellen Bereich.

Günther Müller aus Pegnitz im Landkreis Bayreuth erhält die Ehrenmedaille in Silber des Bezirks Oberfranken für die Sicherung des KSB-Standortes Pegnitz und sein großes Engagement um die Ausbildung von Lehrlingen über

die Landkreisgrenzen hinaus.

Für seinen Einsatz als Kommunalpolitiker wie auch für sein Engagement als Sportfunktionär und als Mitglied bei vielen Vereinen wird Heinz Engel aus Weidhausen im Landkreis Coburg vom Bezirkstag von Oberfranken ausgezeichnet. Oswald Marr, Landrat von Kronach, erhält die Würdigung auf Grund seines langjährigen Wirkens auf kommunalpolitischer Ebene.

Kommunalpolitisch aktiv

Der Mundartdichter, Heimat- und Judenforscher Josef Motschmann aus Bad Staffelstein-Schönbrunn im Landkreis Lichtenfels erhält ebenfalls die Ehrenmedaille in Silber des Bezirks Oberfranken, wie auch Waldemar Zelmer aus Döhlau im Landkreis Hof für sein großes Engagement für die notleidende Bevölkerung in Osteuropa. Außerdem erhält der Altbürgermeister der Gemeinde Wiesenttal, Paul Pöhlmann, als engagierter Kommunalpolitiker die Auszeichnung des Bezirkstages von Oberfranken.

Die Ehrenmedaille in Silber des Bezirks Oberfranken wird der Bezirkstagspräsident im Rahmen einer Feierstunde überreichen. **WZ**

„Bürgermeisterkonferenz“ in Herrieden:

Kommunale Finanzreform hat höchste Priorität

Als „zentrales Thema“ bezeichnete der Bayerische Staatsminister des Innern, Dr. Günther Beckstein, die verheerende Situation der Kommunalfinanzen. Hauptursache sei die katastrophale Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung: „Fünf Jahre Rot/Grün hat uns vom Spitzenplatz ans Schlusslicht in Europa geführt“.

Der mittelfränkische CSU-Betriebsvorsitzende Joachim Herrmann hatte zu einer „Bürgermeisterkonferenz“ nach Herrieden eingeladen und konnte sich über regen Besuch auch von parteiungebundenen Bürgermeistern freuen. Alle politischen Ebenen waren vertreten, was die besondere Stärke der CSU ausmache: „Es ist unser Vorteil, dass wir diese Gemeinsamkeit verantwortungsbewusst einsetzen, eventuell unterschiedliche Standpunkte diskutieren und so zu sachgerechten Entscheidungen kommen“.

Finanzierungskonzept

Dr. Günther Beckstein berichtete von einem Finanzierungskonzept, welches die Bundesregierung inzwischen vorgelegt, aber bezeichnenderweise nicht mit den Mitgliedern der Kommission zur Reform der Kommunalfinanzen abgestimmt habe. „Herausgekommen ist viel Murks. Diese Mangelpackung muss schnellstens vom Tisch.“ In der Diskussion wurde deutlich, dass auch des-

halb der Druck auf Berlin verstärkt werden müsse.

Soforthilfe gefordert

Nachdem manche Pläne der Bundesregierung erst in etlichen Jahren wirksam werden würden, forderte der Stellvertreter des Bayerischen Ministerpräsidenten eine Soforthilfe von 3,5 Milliarden Euro ab 1. Januar 2004 und ab 2005 jährlich sechs Milliarden mehr für die kommunalen Kassen. Zudem plädierte er für eine drastische Reduzierung der Gewerbesteuerumlage und ein Stopfen der Schlupflöcher auch bei der Gewerbesteuer.

Reichlich Diskussionsstoff

Viel Diskussionsstoff boten Themen wie die praktische Anwendung des Konnexitätsprinzips, die zunehmende Verkomplizierung und Verquickung bei Zuschusstöpfen oder der Missbrauch von Sozialhilfe. „Wir können es uns nicht länger leisten, dass die Sozialausgaben jährlich zwischen zehn und 18 Prozent zunehmen, während

das Bruttosozialprodukt um weniger als zwei Prozent steigt“, meinte Dr. Günther Beckstein.

Teufelskreis

Übereinstimmend nannten die anwesenden Landräte, Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden die Bundesregierung als Hauptverursacher der Misere. Manche sahen sogar die kommunale Selbstverwaltung in Gefahr. Und fehlende Mittel führten zu Investitionsstaus, die zu mehr Arbeitslosigkeit beitragen - ein Teufelskreis.

Spielraum für Verbesserungen

Aber auch im Zuständigkeitsbereich Bayerns sei noch Spiel-

Dr. Uwe Brandl zu Gast bei KPV Königsdorf:

Kommunalfinanzen und Verwaltungsabbau

Aus erster Hand konnte sich die KPV Königsdorf am 25. Juli über aktuelle, die Gemeinden betreffende Themen, informieren. Gastgeber Max Gast, KPV-Kreisvorsitzender im LK Bad Tölz-Wolfratshausen und Bürgermeister von Sachsenkam, hieß hierzu den Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, willkommen.

Der Schwerpunkt lag - wie könnte es anders sein - auf dem Thema Kommunalfinanzen. Präsident Brandl wies hierbei darauf hin, dass die schwierige Finanzsituation in den bayerischen Gemeinden insbesondere in Oberfranken dazu geführt habe, dass sich die Anträge auf Bedarfszuweisungen beim Staat mehr und mehr häufen. Im Staatshaushalt seien für die Gemeinden hierfür 7,9 Millionen Euro vorgesehen. Dies reiche in keiner Weise aus, um den bedürftigen Gemeinden zu helfen. Bei Innenminister Dr. Beckstein habe er, Brandl, allerdings die Zusage erreicht, sich für eine massive Aufstockung dieser Mittel einzusetzen, wie Beckstein es in Berching am 21. Mai 2003 zugesagt hatte.

Kommunalmodell versus Wirtschaftsmodell

Im Hinblick auf die Möglichkeiten einer nachhaltigen Sicherung machte Brandl nochmals auf die gravierenden Unterschiede zwischen Kommunal- und Wirtschaftsmodell aufmerksam. Das Modell der Wirtschaft setze zunächst eine Senkung der allgemeinen Einkommensteuersätze von derzeit 19,9 bis 48,5 % auf künftig 11,5 bis 32,2 % voraus, wodurch tatsächlich für viele Bürger sogar eine Steuerentlastung möglich werde. Allerdings müssten die Gemeinden zum Ausgleich für ihre Einnahmeverluste infolge des Wegfalls des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Abschaffung der Gewerbesteuer erst den vorgesehenen Zuschlag auf die Einkommensteuer erheben. Dadurch werde die „Steuerentlastung“ wieder kompensiert; manche Städte und Gemeinden müssten den Zuschlag so hoch ansetzen, dass die Einkommensteuerepflichtigen mehr zu bezahlen hätten als bisher. In bestimmten Gemeindetypenklassen (z. B. Umlandgemeinden von Kernstädten) könnten allerdings auch geringere Zuschläge genügen.

raum für Verbesserungen vorhanden. Genannt wurden „zu strenge Vorschriften im Abwasserbereich“, „explodierende Kosten für die Krankenhäuser“, oder „selbst geschaffene Standards und Auflagen“, sei es im Bereich des Sozialen, beim Baurecht oder in technischen Fragen. Manche „Investitionshemmer“ müssten schnellstens überdacht und soweit möglich abgebaut werden.

„Deregulierung“ im Visier

In Sachen „Deregulierung“ ist Joachim Herrmann auch in seiner Eigenschaft als stellvertretender Fraktionsvorsitzender schon seit Jahren am Ball: „Manches wurde schon erreicht, aber es gibt noch viel zu tun“. Gemeinsam mit dem Kommunalminister sprach er sich für „radikale Vereinfachungen“ in allen Bereichen aus.

Beckstein und Herrmann erklärten übereinstimmend, dass bei der CSU die Reform der kommunalen Finanzen mit höchster Priorität auf der Tagesordnung bleibe. pmw



Edgar Sitzmann (4.v.l.) mit den Ehrenmedaillenträgern des Landkreises Forchheim vor den Bezirksfahnen.

Bezirkstagspräsident Sitzmann verabschiedet

Forchheim (fpo) - Nach über 20 Jahren scheidet der Präsident des Bezirkstages Oberfranken, Edgar Sitzmann, aus diesem Ehrenamt der dritten kommunalen Ebene aus.

Zum Abschied waren 352 Träger und Trägerinnen der Ehrenmedaille des Bezirks Oberfranken sowie ehemalige und gegenwärtige Mitglieder des Bezirkstages geladen. Über 250 Gäste waren gekommen und versammelten sich in Halle III der Landwirtschaftlichen Lehranstalten in Bayreuth - dort wo in der Regel praktischer Unterricht an den Maschinen gegeben wird - zu einer freundschaftlichen Abschiedsrunde.

Bewährter Freund

Aus dem Landkreis Forchheim waren vertreten die Träger der Ehrenmedaille Christian Meier, Georg Bayer, Hans Kot-

ken und Berichte abliefern. So würden beispielsweise eine Haushaltsansatzstatistik, eine Bautätigkeitsstatistik, eine Jugendhilfestatistik, eine Kindergärtenstatistik und eine Viehzählung gefordert. Der Sinn vieler derartiger Statistiken müsse hinterfragt werden. In vielen Förderbereichen (zum Beispiel Städtebauförderung, Förderung nach Finanzausgleichsgesetz, Zuschüsse zur Beschaffung von Feuerwehrausrüstung) sei das Antrags- und Abwicklungsverfahren schwerfällig und komplex. Die Erteilung eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns und die Zuweisung pauschalierter Beträge könnten den Antragsstau abbauen und das Förderverfahren verschlanken. Ausschreibungen bei Beschaffungen oder zur Bestellung von Leistungen seien an komplizierte Verdingungs- und Honorarordnungen geknüpft. Diese lösten einen immensen Verwaltungsaufwand aus und verteuerten Beschaffungen und Baumaßnahmen. Eine Liberalisierung bei der Anwendung dieser Vorschriften sei dringend erforderlich.

Nachdenken über Konsequenzen

Allerdings seien die Vereinfachung und Streichung bestehender Vorschriften nur ein Gesichtspunkt der Entbürokratisierung. Genauso wichtig sei es, die Entstehung unnötiger neuer Standards so weit wie möglich zu verhindern. Daher dürften neue Vorschriften in Bayern nur noch dann erlassen werden, wenn sie zwingend erforderlich seien. Diejenigen, die die Standards setzen, müssten dazu gezwungen werden, viel intensiver als bisher über Notwendigkeit, Sinnhaftigkeit und Konsequenzen vorgesehener Regelungen nachzudenken. Eine Vielzahl unnötiger Vorschriften kann laut Brandl auf diese Weise vermieden werden. DK

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Jens Korn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherierle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Errscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer, Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Bayerischer Gemeindetag/Bezirksverband Oberbayern:

Resignation macht sich breit

Bei den Bürgermeistern herrscht große Resignation. Nach den Ankündigungen des Koalitionspfels der Berliner Regierung von Hannover scheinen nun die Verlierer der damals groß angekündigten „Gemeindefinanzreform“ die Kommunen selbst zu sein, stellt der Grafinger Bürgermeister und Kreis- sowie Bezirksvorsitzende des Bayerischen Gemeindetags, Rudolf Heiler, in einer Presseerklärung fest. War die Hoffnung auf eine verlässliche, stete und verbreitete Gewerbesteuer nach der Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 14. März und seinen damaligen Ankündigungen noch groß, ist die Stimmung jetzt unter den Kommunen auf einen Tiefpunkt gesunken.

Seit Jahren wird die dringend notwendige Reform verschleppt; dass die hierzu gebildete Kommission sich auf kein vernünftiges Konzept verständigt habe, sei noch als das kleinere Übel in der langjährigen Untätigkeit zu bezeichnen. „Wir hatten nach der einmaligen Demonstration im oberpfälzischen Berching mit 5000 Kommunalpolitikern zumindest erreicht“, so Heiler, „dass sich viele namhafte Minister zwischenzeitlich auf das Kommunalmodell (Einbeziehung der freien Berufe und Verbreiterung der Bemessungsgrundlage mit Zinsen, Mieten und Pachten in die Gewerbesteuerveranlagung) verständigt hätten“. Nach und nach seien nun mehr auch der Bundesfinanzminister und sogar Kanzler Schröder umgefallen.

„Gipfel“ der Enttäuschung

Den Kommunen hilft auf Dauer nur die Unabhängigkeit; deshalb sei ein höherer Anteil am Umsatzsteueraufkommen nicht hilfreich, weil dies periodisch immer geändert werden könne. Als „Gipfel“ der Enttäuschung sei nach den Worten des Bezirksvorsitzenden des Gemeindetags die Ankündigung zu verstehen, wonach die Kommunen aus der beabsichtigten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe 500 Mio Euro 2004 und 1 Mrd Euro in 2005 entlastet werden sollten. Über Monate hinweg sprachen die Politiker in Berlin von mehreren Milliarden Euro. Wenn sich nicht alle Politiker in Bund und in den Ländern am Riemen reißen und endlich gemeinsam die Sorgen der Gemeinden ernst nehmen, werde das Ausbluten in den Gemeinden weitergehen.

Düstere Prognosen für Landkreis Ebersberg

Für den Landkreis Ebersberg prognostiziert Heiler schon im nächsten Jahr bei der Mehrzahl der Gemeinden einen totalen Investitionsstopp und weitere spürbare Kostendämpfungsmaßnahmen. Die Leidtragenden seien in jedem Fall die Bürgerinnen und Bürger. Der Grafinger Bürgermeister fordert alle Mandatsträger in den Gemeinden auf, die verantwortlichen Politiker in Bund und in Bayern „in die Pflicht“ zu nehmen. So dürfe die Gemeindefinanzreform nicht beerdigt werden. Die jetzige Lage sei schon schlimm genug. Heiler schloss weitere Demonstrationen der Bürgermeister mit Blick auf die vom Gemeindetag veranstaltete „Kommunale“ in Nürnberg Mitte Oktober nicht aus. z

Kommunalpolitischer Arbeitskreis der CSU in Schweinfurt-Stadt:

Horst Laschka neuer Vorsitzender

Kooperation - Kommunikation - Information

Horst Laschka heißt der neue Vorsitzende des Kommunalpolitischen Arbeitskreises der CSU in Schweinfurt-Stadt. Er tritt die Nachfolge von Stefan Funk an, der nach sechs Jahren an der Spitze nicht mehr für eine Wiederwahl kandidierte. Stellvertretender Vorsitzender wurde Oliver Schulte, Beisitzer sind Ansgar Bartenstein, Matthias Endres, Stefan Funk, Dr. Argyris Kolokythas, Rainer Lehfer und Renate Walz. Den Vorstand komplettieren Fraktionsvorsitzender Arno Barth und Bürgermeister Otto Wirth.

Stefan Funk konnte in seinem Rechenschaftsbericht von zwei erfolgreichen Jahren berichten. Der Arbeitskreis hat viele Impulse für die Arbeit der Stadtratsfraktion geben, wie das Beispiel „saubere Stadt“ zeigt. Der kontinuierliche Dialog mit den Gliederungen der Partei in kommunalpolitischen Gesprächen führte zu konstruktiven neuen Ideen und einem regen Meinungsaustausch.

Verbesserte Infrastruktur

CSU-Kreisvorsitzender Dr. Hans Gerhard Stockinger, MdL, freute sich in seinem Grußwort, dass der Arbeitskreis in der Vergangenheit immer die Arbeit der Oberbürgermeisterin und der Fraktion unterstützt hat. Die Forderung des ehemaligen Finanzreferenten, so Stockinger weiter, die städtische Rücklage auf „Null“ zu setzen, hätte für die Entwicklung der Stadt negative Auswirkungen. Während andere Städte in Zeiten knapper Finanzmittel große Schwierigkeiten haben und Einrichtungen schließen müssten, könne Schweinfurt sogar investieren und damit nicht nur seine



Horst Laschka.

Infrastruktur weiter verbessern, sondern auch der heimischen Wirtschaft wichtige Impulse geben. Die Projekte Hallenbad, Erbracher Hof, Jugendgästehaus und Umwandlung Ernst-Sachs-Bad wären so Fraktionsvorsitzender Arno Barth ergänzend, wären nicht möglich, wäre man dem Rat gefolgt und hätte die Rücklage aufgezehrt. Die gut gefüllte Rücklage ist die Grundlage für weitere Investitionen in die Zukunft der Stadt.

Kommunalpolitische Vereinigung lud nach Ansbach:

Einmalige kommunalpolitische Zusammenkunft

Ansbach (wefa) - Wenn es ums Sparen geht, dann meinen die Kommunalpolitiker meist die anderen: den Landkreis, den Bezirk, das Land oder den Bund. Die Diskussion der letzten Jahre hat gezeigt, dass oft der Bezirk zum Sündenbock gemacht wird.

Vor diesem Hintergrund kam es in Ansbach zu einer bisher einmaligen Zusammenkunft. Vertreter von Gemeinden, Kreisen und des Bezirks Mittelfranken tauschten auf Einladung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU ihre Argumente aus.

Bezirksrat Richard Bartsch: „Wir haben viele Impulse für die nächsten Monate bekommen und werden den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen.“ Innerhalb der CSU müssten Gemeinden, Landkreise und Bezirke als „kommunalpolitische Familie“ auftreten.

Maximilian Gaul aus Roßtal, der stellvertretende KPVLandesvorsitzende, appellierte für mehr Gemeinsamkeit: „Wir sitzen alle in einem Boot, wenn innerhalb Mittelfrankens der eine dem anderen sagt, wo er noch sparen könnte oder was er angeblich falsch macht, dann bringt uns das

keinen Cent in die Kassen.“ Er forderte eine aktive Bürgergesellschaft, formulierte aber zugleich, was sie nicht sein soll: „Das sind keine Bürger, die mit Unterschriftenlisten durchs Dorf laufen und gegen alles mögliche sind“.

Die Fürther Landrätin Dr. Gabriele Pauli hält mehr Kooperationen zwischen den Gebietskörperschaften für möglich, und war nicht nur im Bereich der Bauhöhe. So könnten Preisvorteile besser ausgeschöpft werden.

Nach Ansicht des scheidenden Bezirkstagspräsidenten Gerd Lohwasser (Erlangen) führt die Geldknappheit dazu, dass der Bezirk 2004 nur zwei Millionen Euro für neue Investitionen ausgeben kann. Das führe zwangsläufig zu einem Rückgang der Gewerbesteuer, zumal der Bezirk einer der größten kommunalen Auftraggeber sei.

Herzogenaurach:

Bundesverdienstkreuz für Hans Lang

Auf Vorschlag von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat Bundespräsident Johannes Rau den ersten Bürgermeister der Stadt Herzogenaurach, Hans Lang, mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Laut Innenminister Dr. Günther Beckstein, der die Verleihung vornahm, hat sich der 61-Jährige durch seinen vielfältigen Einsatz auszeichnungswürdige Verdienste erworben.

Lang, seit 1990 erster Bürgermeister seiner Heimatstadt Herzogenaurach, war bereits seit 1972 Mitglied im Stadtrat, über Jahre hinweg dritter Bürgermeister und erster Vorsitzender des CSU-Ortsverbandes.

Während seiner Amtszeit als erster Bürgermeister musste er die finanzpolitischen Folgen eines eklatanten Einbruchs bei der Gewerbesteuer sowie die Konversion der amerikanischen Liegenschaften nach 1992 bewältigen.

Trotz nahezu leerer Kassen gelang es im Rahmen zweier Public-Private-Partnership, mehr als 100 amerikanische Mietwohnungen sozialverträglich in Eigentumswohnungen, bevorzugt für Familien mit Kindern, umzuwandeln. Auf der ehemaligen „Herz Base“ entstanden neben der Zentrale der weltweit agierenden Sportartikelfirma Adidas ein Wohngebiet für 2.300 neue Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerbeflächen. DK

Der neue Vorsitzende Horst Laschka stellte die künftige Arbeit der Vorstandschaft unter das Motto „Kooperation - Kommunikation - Information“. Neue Maßnahmen, Vorhaben und Projekte sollen mit den Ortsverbänden, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen ausführlich diskutiert werden, um frühzeitig ein Feedback zu erhalten. Durch die Zusammenarbeit sollen Synergieeffekte erzielt werden. Das Internet soll stärker für Kommunikation und Information genutzt werden.

Die Informationen über den aktuellen Status von Projekten und Maßnahmen durch Mitglieder der Fraktion sollen zu einer fachlichen Diskussion führen.

Der Arbeitskreis will nicht in die Arbeit der Ortsverbände eingreifen, er will mit der Umsetzung des Mottos „Kooperation - Kommunikation - Information“, so Laschka, positive Synergien erzeugen um aus Gedanken ausgeleitete Vorschläge und aus Vorschlägen Projekte zum Nutzen der Bevölkerung werden zu lassen.

Die Vorstandschaft will weiter verstärkt Frauen, Jugendliche und Parteifreie einbinden, um die gute Arbeit fortzusetzen, damit sich der Arbeitskreis weiter gut positioniert.

EU-Osterweiterung:

Resolution von 14 Bürgermeistern

In einer gemeinsamen Resolution haben 14 Bürgermeister von Gemeinden an der Grenze zu Tschechien ihren Protest bekundet. Bayerische Staatsregierung und Bundesregierung werden darin aufgefordert, sie vor der EU-Osterweiterung „nicht im Stich zu lassen“.

Zu den Unterzeichnern gehören die Bürgermeister von Philippsreuth, Haidmühle, Bayerisch Eisenstein, Eschlkam, Neukirchen Hl. Blut, Furth im Wald, Waldmünchen, Eslarn, Waidhaus, Bärnau, Waldsassen, Mähring, Schirnding und Selb.

Arbeitsplätze sichern

Die EU-Osterweiterung wird in der Resolution zwar grundsätzlich begrüßt. Probleme, die die ostbayerischen Städte und Gemeinden aber nicht alleine lösen könnten, werden im Bereich der Niedriglöhne und des zunehmenden Verkehrsaufkommens gesehen. Außerdem fordern die Rathauschefs, mit der Übertragung neuer Aufgaben an die Zollämter die ohnehin dünn gesäten Arbeitsplätze in der Grenzregion zu sichern.

Ertüchtigungsprogramm für Kommunen

Entsprechend fällt der Fordeungskatalog aus: Bund und Land sollen gemeinsam ein Ertüchtigungsprogramm auflegen, das besonders den Kommunen zugute kommen soll. Schließlich stünden durch den Wegfall der Grenzlandförderung die ostbayerischen Grenzregionen dem Höchstfördergebiet Tschechien hilflos gegenüber. Hier müsse auch die EU ihrer Verantwortung gerecht werden und ihr Grenzregionen-Programm deutlich aufstocken.

Darüber hinaus solle die Bundesregierung dem Straßen- und Bahnbau in Ostbayern oberste Priorität einräumen - dies um so mehr, als sich Prognosen zufolge auch die Verkehrsströme zwischen Bayern und Tschechien bis 2015 verdoppeln bis vervierfachen werden. KI

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Hot-Spot - Summer in the City. Sweat in the neck, but the girls are pretty“. Mein Chef, der Bürgermeister, summt eine tolle Pop-Oldie vor sich hin. Darin wird die Affenhitze in einer amerikanischen Großstadt besungen, die den Menschen einerseits zu schaffen macht, andererseits aber durch eine kühlungsbetonte Damenmode auch Perspektiven eröffnet.

Da haben wir immer gedacht, durch unser gemäßigtes zentraleuropäisches Klima sei es uns vergönnt, konstante Tagestemperaturen von über 30 Grad im Schatten nur im Urlaub - unter Palmen, in der Badehose neben Meer und Pool sowie den Planter Punch stets in Reichweite genießen zu können. Die Erzählungen von Geschäftsleuten, die von durchgeschwitzten Baumwollanzügen bei Geschäftsreisen nach Houston oder Phoenix berichten oder über Erfahrungen

wir uns: Als letztes Jahr im Sommer Deutschland fast abgeoffen, hieß es, wir müssten wegen des Klimawandels jetzt öfter mit verregneten Sommern und Überschwemmungen rechnen. Heuer warnen Klimaforscher vor einer schleichenden Versteppung Mitteleuropas und Wassermangel. Dabei weiß allemal die Volksüberlieferung besser, was es mit solchen Wetterkapriolen auf sich hat: Es kommt halt alles mal vor in der Natur. An vielen Fachwerkhäusern in Flusstälern sieht man Kerben, die von Hochwässern berichten. Und dieses Jahr konnte man beim Schwimmen im Chiemsee weit draußen auf einer Untiefe Rast machen, die seit Alters her „Hungerstoa“ heißt, weil er nur in extrem heißen und wasserarmen Sommern zu sehen ist, wenn der Seepegel stark sinkt, das Land mit den Pflanzen ringsum dörrt und das Vieh nicht genug zu fressen hat.

Also, wenn man mal von den Dürreschäden absieht, die für viele Landwirte sehr schlimm sind, war bei uns das einzige Katastrophale an diesem Sommer, dass deutsche Mänersandalen immer noch keinen Chic haben. Vor allem sind wir durch diesen Sommer gekommen, ohne dass wie in Frankreich hunderte ältere Leute in der Hitze starben, weil niemand sich um sie kümmerte. Bei uns ist halt doch noch manches in Ordnung. Meinem Chef, dem Bürgermeister, lege ich das Kalenderblatt mit einem bedenkenswerten Satz des Epikur von Samos auf den Schreibtisch: „Kann wohl den Wert des Menschen jemand kennen, der nicht in der Welt Kälte und Hitze erlebt hat?“

Summer in the office

mit dem Hitze- bzw. Kälteschock zwischen gnadenlos auf arktische Verhältnisse herunterklimatisierten Büros und dem Gang in hitzige Straßen zum Burgerholen sprachen, haben wir als exotische Erfahrungsberichte mit hohem Übertreibungsquotienten betrachtet. Und jetzt? Jetzt haben wir solche Verhältnisse 1:1 bei uns, allerdings ohne Klimaanlage im Büro.

Da mein Chef, der Bürgermeister, ein enger Weggefährte des örtlichen Abgeordneten ist, fiel der Sommerurlaub heuer flach. Er fühlte sich halt noch nicht reif für die Insel wie ein prominenter Stadtoberhaupt-Kollege, sondern badete in Jungbrunnen politischer Sommeraktionen von Radtouren bis Kinderfesten. Und wir arme Wasserträger? Wenn bei uns im Bürgermeisterbüro der Arbeitsschutz aufgekreuzt wäre, hätte er locker Innentemperaturen über 28 Grad festgestellt. Jeder Handwerksbetrieb wäre gesperrt worden. Obwohl, interessant war auch dieser „Summer in the office“. Unser korrekter Kämmerer etwa, von dem ich immer glaubte, er sei mit Krawatte und grauem Anzug auf die Welt



Neuartiges Konzept der Gemeinde Niederrieden:

Bürger verdienen im eigenen Dorfladen mit

Niederrieden (jm). Wenn ab kommendem Frühjahr im neuen Dorfladen der Unterallgäuer Gemeinde Niederrieden Fleisch, Wurstwaren und Frischeprodukte aus der Region über die Theke gehen, will Bürgermeister Josef Osterberger seine Bürger mitverdienen lassen. Der ehrenamtliche Rathauschef stellte im Beisein von Bayerns Landwirtschaftsminister Josef Müller das beispielhafte Projekt „Dorfladen Allgäu“ vor, das über eine aktive Bürgerbeteiligung die Nahversorgung in kleineren Gemeinden sicherstellen soll.

Der Freistaat Bayern beteiligt sich an der circa 350.000 Euro teuren Sanierung des alten Schulgebäudes mit einem Fördermittelzuschuss in Höhe von 120.000 Euro, und auch die Europäische Union wird sich über das so genannte Fördermittelprogramm „Leader Plus“ mit 36.000 Euro an den Kosten beteiligen.

Wie Landwirtschaftsminister Miller betonte, ist Niederrieden bayernweit die erste Gemeinde überhaupt, die sowohl die Landes- als auch EU-Förderung erhält. Miller zeigte sich spendierfreudig. „Weil im alten Schulgebäude in den Räumen über dem neuen Dorfladen sämtliche Vereine des Ortes wie Männerchor, Kirchenchor und Schallmeien unterkommen stockte er den Höchstbetrag für die Förderung aus dem Dorferneuerungsprogramm von 61.000 Euro auf 120.000 auf und gab schon vorab die Zusage, dass der Freistaat die zusätzlichen 36.000 Euro aus dem EU-Fördertopf vorfinanzieren wird. „Wir Bürgermeister vom Land haben das Problem, dass in unseren Gemeinden die Nahversorgung wegbreicht, weil sich der Betrieb eines kleinen Ladens für einen Selbständigen nicht rechnet. Durch die Einbindung der Gemeinde und der Bürgerinnen und Bürger wollen

Kräften sollen nicht nur die Personalkosten niedrig gehalten werden, sondern auch möglichst viele Einwohnerinnen und Einwohner als Mitarbeiter eingebunden werden.

„Das Projekt steht und fällt mit der persönlichen Identifikation der Bürger mit Ihrem Dorfladen. Je mehr aktiv mitmachen, desto größer sind auch die Akzeptanz und natürlich auch der Erfolg unseres Konzeptes“, so Regionalmanager Detlef Jarosch von der Unterallgäu Aktiv GmbH. Bürgerinnen und Bürger, die sich finanziell über Anteilsscheine am Dorfladen beteiligen, können sich gleich doppelt freuen. Bei jedem Einkauf verdienen sie als Gesellschafter mit und sie sparen selbst noch ein paar Cent, weil sie als Miteigentümer von einem Rabattsystem profitieren.

Alle Dorfläden sollen über ein Vollsortiment verfügen, das durch regionale Produkte ergänzt wird. Auch örtliche Bäcker und Metzger sollen sich beteiligen und letztlich profitieren, denn Josef Osterberger will ihnen „keine Konkurrenz, sondern sogar eine zusätzliche Absatzmöglichkeit schaffen“.

Der erste Dorfladen, den Josef Osterberger natürlich in seiner Gemeinde in Niederrieden realisieren will, soll im Frühjahr 2004 den Geschäftsbetrieb aufnehmen und eine Lawine losstreifen. „Es haben sich bereits einige Bürgermeisterkollegen bei mir gemeldet, die von der Idee begeistert sind und schon mit der Vorplanung begonnen haben“, erzählt der Niederriedener Rathauschef. <

Kräfte bündeln, Kosten sparen

Der größte Teil der Kosten wird über die öffentlichen Fördermittel Bayern und der EU sowie über eine Einlage der Gemeinde als Hauptgesellschafterin getragen. Das Konzept, das Josef Osterberger zusammen mit der Unterallgäu Aktiv GmbH mit Sitz in Bad Grönenbach ausgearbeitet hat, sieht eine Ausweitung des Projektes auf eine Dorfladenkette vor. „Wenn sich mehrere Dorfläden zusammenschließen, lassen sich in vielen Bereichen Kräfte bündeln und Kosten sparen“, meint Josef Osterberger, der gerade im Einkauf, Marketing, aber auch in Logistik, Personalmanagement und Buchhaltung Einsparpotenziale sieht. Durch die Beschäftigung von mehreren 400-Euro-

Landkreis Augsburg:

Bürgermeister-Infofahrt nach Sachsen-Anhalt

35 Gemeindechefs besuchten Halle und Magdeburg

Landkreis Augsburg (gri). Bestens organisiert und vorbereitet vom Geschäftsführer des Gemeindetags-Kreisverbandes Augsburg, war eine Bürgermeister-Infofahrt nach Sachsen-Anhalt. 35 Rathauschefs und Landrat Dr. Karl Vogele verbrachten drei Tage in Halle und der Landeshauptstadt Magdeburg.

Vor dem Hotel Maritim in Halle wurde die bayerische Reisegruppe vom Direktor des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt, Manfred Schersinsky, einem gebürtigen Bayern, empfangen.

Personalabbau

Beim Empfang im Landtag in Magdeburg schilderte Rainer Robra, Staatsminister und Amtschef des Ministerpräsidenten

Professor Dr. Wolfgang Böhner, die Situation die nach der Wende anstand, und die es zu lösen gilt. Das sozialistische Wirtschaftssystem musste umfunktioniert und die Verwaltung entbürokratisiert und modernisiert werden. Unumgänglich sei derzeit noch ein drastischer Personalabbau. Um 3000 Stellen gehe es auch bei der Polizei und bei den Lehrern gar um 6000.

Auf die vielen Windkraftträ-

der angesprochen, 24 wurden auf einer so genannten „Wiese“ gezählt, meinte der Minister, dass diese Anlagen, wenn auch umweltschonend, doch kritisch gesehen werden. Zum einen verschandeln sie die Landschaft und zum anderen verteuere die Stromproduktion den Preis, auch wegen der vielen Ausfälle durch Stillstandzeiten.

Wohnungsproblematik

Neben der desolaten Finanzlage des Landes und der Kommunen stehen laut Robra im Bereich Wohnen schier unlösbare Probleme an. Hunderte von Wohnhäusern und Mietskasernen aus der DDR-Zeit sind zu sanieren oder abzureißen. Landrat Dr. Karl Vogele wusste ebenfalls Interessantes und Einschlägiges über den Landkreis Augsburg zu berichten.

„Industriepark Leuna“

Gerhard Woehle verstand es großartig, über das 12 Quadrat-



Im Foyer des Landtagsgebäudes in Magdeburg wurden die Bürgermeister aus dem Landkreis Augsburg von Rainer Robra, Staatsminister und Amtschef des Ministerpräsidenten, begrüßt. Erste Reihe zweiter von links: Manfred Schersinsky, Direktor des Statistischen Landesamtes von Sachsen-Anhalt, Landrat Dr. Karl Vogele, Staatsminister Rainer Robra, Geschäftsführer Günter Würmseher, Gemeindetags-Kreisverbandsvorsitzender Georg Klaußner und Schatzmeister Hans Merk. Bild: Xaver Grimmeiß

kilometer umfassende Areal „Industriepark Leuna“ zu berichten. Mehr als 20 große und mittelständische Unternehmen sowie zahlreiche kleinere Firmen bieten heute eine umfangreiche Dienstleistungspalette an.

Problem Abwanderung

Obwohl dem Standort Leuna

für Betriebsansiedlungen Höchstfördersätze gewährt werden, zähle die Region 25 Prozent Arbeitslose. Ein großes Problem sei auch die Abwanderung in die alten Bundesländer der jungen Leute.

Bootsfahrt auf der Saale

Mit einem Empfang durch

Halles Bürgermeisterin Dagmar Szebadoz im Landesmuseum für Vorgeschichte und dem Austausch von Erinnerungsgeschenken war, das offizielle Programm der Bürgermeister-Infofahrt in dem neuen Bundesland Sachsen-Anhalt beendet. Eine Bootsfahrt auf der Saale in Halle war allerdings noch verpflichtend. gri

Vorschau auf GZ 18

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 18, die am 18. September erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- ◀ Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- ◀ Kommunalfahrzeuge
- ◀ Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- ◀ Kommunale Büchereien